

# progress

Magazin der  
österreichischen  
Hochschüler\_innenschaft  
**Apr 02/2020**

[www.progress-online.at](http://www.progress-online.at)

## Widerstand

gegen Geschlechterrollen fängt  
früh an. **26**

## An

der Uni Wien erregte Lothar Höbelt Auf-  
sehen. Abriss eines Skandals. **8**

## Deiner

ÖH sind die Mietpreise nicht egal, wir  
kämpfen für dich. **14**

## Hochschule

und Covid-19. Ein Überblick über die  
aktuellen Maßnahmen. **12**



P.b.b. | Erscheinungsort Wien | Verlagspostamt 1040 | GZ02Z031545M | EURO,73

**DOSSIER:** Aus dem Hörsaal auf die Strasse

# progress

## zu Hause lesen



Studentischer Journalismus auf hohem Qualitätsniveau. Wir pflegen einen kritischen, qualitativ-journalistischen und progressiven Zugang zu Bildung, Politik und Kultur. Wir sehen uns den Leitlinien der aktuellen ÖH-Exekutive verpflichtet, sind jedoch in unserer redaktionellen Arbeit nicht weisungsgebunden.

# EINFACH BESTELLEN

[progress-online.at](https://progress-online.at)



bildungspolitik  
gibts jetzt auch per  
Telegram-Channel:

<https://t.me/progressbundesoe>

einfach anmelden und wir informieren dich  
über die wichtigsten bildungspolitischen  
Entwicklungen der Woche

Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter:  
[oeh.ac.at/datenschutzklarung-und-rechtshinweise](https://oeh.ac.at/datenschutzklarung-und-rechtshinweise)



**04 DER VORSITZ** meldet sich zur aktuellen Lage.

## DOSSIER

**06 „STUDENTS ARE WORKERS!“** Ein Interview mit der feministischen Ökonomin Silvia Federici.

**08 HÖBELT - ABRISS EINES SKANDALS.**  
Vergangenen Jänner erregte die Causa um den Geschichte-Professor Lothar Höbelt Aufsehen. Aber was ist der eigentliche Skandal?

**10 DIE STUDENTISCHEN REBELL\_INNEN AUS GWANJGU.** Über die Demokratisierungs-Proteste im Südkorea der Siebziger Jahre und die Schlüsselrolle der Studierenden

**12 COVID-19 UND HOCHSCHULEN.** Ein Überblick über die aktuellen Maßnahmen.

## BILDUNG

**14 BRENNPUNKT: WOHNEN.** Das Sozialreferat beendet seine Reihe zum Thema Wohnen in Zeiten der Mietpreisexplosion, Leerstände, Diskriminierung und rechtlichen Ungewissheit.

**16 MIT RECHT GEGEN PLASTIK.** Im Academic Start-up CMS! setzen sich Jus-Studierende für ein plastikfreies Mittelmeer ein.

**18 NACHERZÄHLT IST NICHT ERFUNDEN.**  
Warum Michael Köhlmeiers neuer Märchenband ein Paradebeispiel für kulturelle Aneignung ist.

## WISSENSCHAFT UND POLITIK

**20 KNOW YOUR RIGHTS.** Gewerkschafter Christian Hoffmann von der GPA-djp erklärt die arbeitsrechtliche Situation in Österreich.

**22 UNTER NEONAZIS.** In Budapest wird jedes Jahr Anfang Februar deutsch-ungarischen Soldaten und der Waffen-SS gedacht. Unsere Autor\_innen waren dabei.

**24 BAUKARUSSELL - AUS ALT MACHT NEU.**  
Sebastian Hafner erzählt über Social Urban Mining.

**26 WANN IST EIN MANN EIN MANN?.** Ein Wiener Verein will Klischees brechen und bietet Burschenarbeit an.

## FEUILLETON

**29 REZENSIONEN.** Wir stellen neue Werke aus Film und Literatur vor.

**30 CORONAVIRUS IN ÖSTERREICH.** „Wir haben nicht nur eine Virus-Epidemie, sondern auch eine Angst-Epidemie.“

**COVER:** John Küçükçay

**DOSSIER:** Presseservice Wien

**BILDUNG:** Elisabeth Danzer

**WISSENSCHAFT UND POLITIK:** Sarah Langoth

**FEUILLETON:** Hibat-Ullah Khelifi

# Editorial

## Hallo aus dem Home-Office!

Die aktuelle Ausgabe hat die *progress*-Redaktion erstmals vor die Herausforderung gestellt die End-Redaktion remote zu erledigen. Einigen digitalen Hilfestellungen zum Dank präsentieren wir euch unsere neueste Ausgabe zum Thema studentischer Protest. Sandra Velebit gibt einen Abriss der Causa Höbelt und wirft die Frage auf, was der eigentliche Skandal bezüglich den Auseinandersetzungen an der Uni Wien vergangenen Jänner war (S.8).

Besonders freuen wir uns über das Interview mit der feministischen Dozentin Silvia Federici. Die Studierenden des VW-Zentrums und des sozök-home an der WU schafften es im Rahmen einer selbstorganisierten Lehrveranstaltung die weltberühmte Wissenschaftlerin nach Wien zu holen. Während dieses Wien-Aufenthalts setzte sich Peri aus unserer Redaktion mit ihr zusammen und führte ein Gespräch über ihre Vergangenheit im studentischen Protest (S.6).

Natürlich gibt es gerade viele andere, beziehungsweise eine andere große Sorge die uns beschäftigt. Das Vorsitzteam der ÖH gibt in seinem Kommentar eine Einschätzung und informiert über die Maßnahmen zu Covid-19 an den Hochschulen (S.4/12). Weiterhin informiert bleibst du unter [www.oeh.ac.at/news](http://www.oeh.ac.at/news). Die Verlockung einfach Uni und Arbeit hinzuschmeißen und sich in der Selbst-Isolation „Netflix und Panik“ hinzugeben ist zugegebenerweise sehr stark. Aber genau in diesen Zeiten, politisch wie auch gesundheitlich, ist es wichtig, dass wir uns nicht fallen lassen. Rosa Luxemburg hat es einst gesagt: Sieh, dass du ein Mensch bleibst. Mensch sein ist von allem die Hauptsache. Und das heißt fest und klar und heiter zu sein, ja heiter trotz alledem.

In diesem Sinne, viel Spaß beim Lesen und bleibt gesund!

*Belli, Michael und Peri*

## Impressum

**Ausgabe:** 02/2020

**Auflage:** 60.000

**Erscheinungsmonat:** April

**Medieninhaberin:** Österreichische Hochschüler\_innenschaft,  
Taubstummengasse 7-9, 1040 Wien

**Kontakt für Abo-Fragen:** [progress-online.at/abo](http://progress-online.at/abo) (Wir bearbeiten keine Abo-Anfragen über den allgemeinen Kontakt!)

**Kontakt Redaktion:** [progress@oeh.ac.at](mailto:progress@oeh.ac.at)

**Redaktion:** Perigan Eraslan, Michael Fürthaller, Isabella Hoy

**Autor\_innen dieser Ausgabe:** Benjamin Breitegger,  
Orlando Brix, Josef Burker, Ralph Chan, Sebastian Hafner,  
Christian Hoffmann, Jana Reininger, Lea Romm, Amina Sakic,  
Felix Strasser, Sandra Velebit

**Lektorat:** Noah Mayr

**Layout:** T. Jenni, J. Kolda



Fotos: privat



## Liebe Kolleg\_innen,

wir müssen zugeben, dass es momentan gar nicht so einfach ist, diesen Kommentar zu schreiben. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass wir diesen Text am 19.03.2020 verfassen - gerade können wir nicht vorhersehen, in welcher Situation diese Ausgabe des Progress euch Leser\_innen finden wird. In den letzten Wochen ging alles Schlag auf Schlag. Viele Dinge, die nie vorstellbar gewesen wären und so auch noch nie passiert sind (Stichwort Schulschließungen oder social distancing) wurden innerhalb weniger Stunden verlautbart, verordnet, umgesetzt. Und gleichzeitig erleben wir – durch Maßnahmen wie Homeoffice, home-learning oder eben genanntes social distancing – eine ebenfalls kaum vorstellbare Entschleunigung unseres gesamten Lebens. Manche (oder vielleicht eher: sehr viele) Dinge sind momentan einfach nicht möglich. Das zeigt uns einerseits, dass es offenbar eine globale Pandemie braucht, um uns die Schwächen und auch die krassen Fehler unseres Wirtschaftssystems aufzuzeigen. Andererseits sorgt das natürlich auch bei uns allen für grobe Unsicherheiten: Wie schaut es jetzt mit meinen Beihilfen aus, wenn ich den Leistungsnachweis vielleicht nicht erbringen kann? Kann ich in diesem Semester mein Studium vielleicht gar nicht abschließen oder den Aufnahmetest für die FH nicht machen? Und wann ist dieser ganze Spuk endlich wieder vorbei?

„...**WARUM NICHT GLEICH SO?**“ Momentan schaut es so aus, als könnte niemand so wirklich

abschätzen, wie lang die vielzitierte „aktuelle Situation“ so bleiben wird, wie sie ist. Aber eins steht fest: Nicht nur alle von uns, auch unsere Hochschulen wurden hier ohne tatsächliche Vorbereitung von einem Tag auf den anderen vor eine komplett neue Situation gestellt. Da kann man natürlich sagen „Jaja, jetzt auf einmal funktioniert das mit dem E-Learning, warum nicht gleich so?!“; allerdings ist auch das nur eine von vielen Fragen, die jetzt aufgeworfen werden, die leider nur auf den ersten Blick mit dem Ruf nach mehr Digitalisierung einfach zu beantworten scheinen. Ja, der Ausbau der Digitalisierungsmaßnahmen auf den österreichischen Hochschulen ist wichtig. Ja, es sollte nicht notwendig sein zu fordern, dass Lehrende einen Moodle-Kurs benutzen und nein, es darf nicht sein, dass Vorlesungsinhalte heutzutage tatsächlich nur physisch im Hörsaal erfahrbar sind und nicht per Video on demand verfügbar sind. Aber: Digitalisierung alleine wird die Probleme an unseren Hochschulen nicht lösen können. Seit Jahren und mittlerweile sogar Jahrzehnten sind wir mit einer chronischen Unterfinanzierung unserer Hochschulen konfrontiert, die sich nicht nur darin äußert, dass beispielsweise zu wenig Streaming-Equipment bereit steht, sondern auch darin, dass den Lehrenden nicht genug Lohn gezahlt werden kann, sodass sie Zeit und Müße hätten, sich alternative Lehrkonzepte zu überlegen. Die Mitbestimmungsrechte von uns Studierenden werden immer weiter beschnitten, sodass wir immer weniger Raum bekommen, unsere Anliegen und

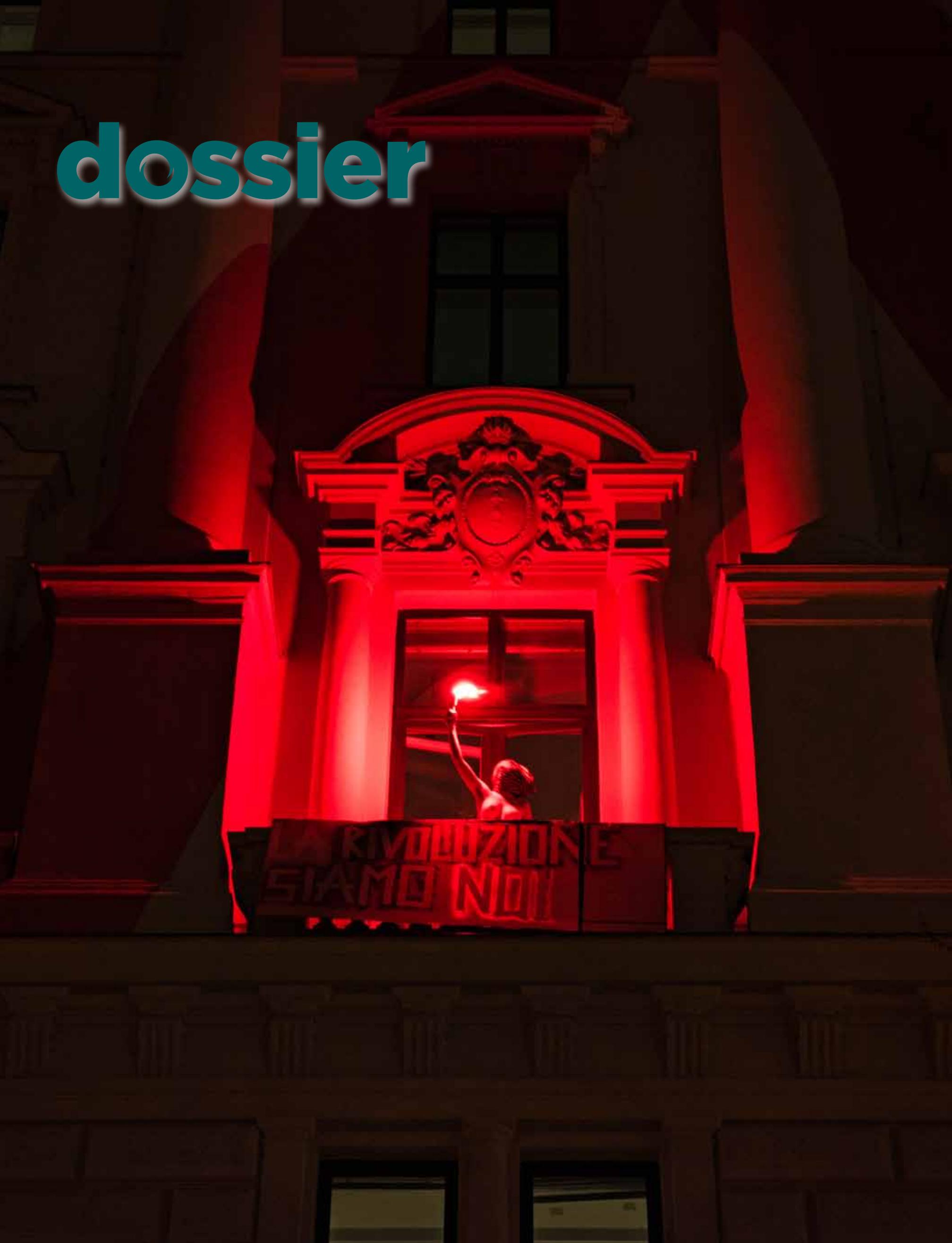
unsere Wünsche, wie wir lernen und studieren wollen, äußern zu können. Ebenfalls aus ökonomischen Gründen: Die Forschung wird meist über die Lehre gestellt. Um als Hochschule einen guten Platz in (für uns Studierende komplett irrelevanten) Rankings zu bekommen, zählen exzellente Forschungsergebnisse und nicht die exzellente Lehre. Wenn die Auseinandersetzung hiermit stärker forciert werden würde, wäre nämlich auch klar, dass eine rein digitale Lehre niemals ausreichen kann; sondern es eine Verschränkung aus Präsenzlehre und digitalem Angebot braucht. Wir müssen diese Krise nutzen, um die grundlegenden Fragen und Probleme unseres Hochschulsystems zu diskutieren und nicht bloß reine Symptombekämpfung zu praktizieren.

**WIR SIND FÜR DICH DA!** Als deine Interessensvertretung sind wir sehr bemüht, unsere Unterstützungsangebote in diesen auch für uns schwierigen Zeiten weiterhin anbieten zu können. Wir sind in ständigem Austausch mit dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, um dringende Fragen zu klären und Problemstellungen darzulegen. Alle aktuellen Infos zu unserem Serviceangebot findest du auf unserer Homepage.

Lasst euch nicht unterkriegen, gemeinsam stehen wir das durch!

Adrijana, Desmond und Dora

# dossier



# „Students are Workers“

An interview with Silvia Federici on student activism and the commercialization of education.

In January 2020, acclaimed scholar Silvia Federici visited Vienna following a WU invitation to speak about feminist perspectives on economy and housework. Progress seized the opportunity and met the renowned feminist economist to discuss student activism in a global context.

**progress:** *You have been involved in student movements across the world, namely the USA, Nigeria and Italy. What were major similarities between movements that you came across in your work?*

**Silvia Federici:** For one thing, the situation I encountered in Nigeria and later in the United States was a peculiar one because it was generated by major transformations that took place in the universities. Starting in the 1980s, at different times and at different levels of intensity, but all across the world nonetheless, we began to see a disinvestment in education by the state. The increasing dependency of universities on business, the university becoming an enterprise, knowledge becoming a commodity, all of that consequently came to be at the centre of the student movement struggle. The idea of a free university, of free education, of resisting the commercializing of education. So that was certainly a common denominator in student movements, and I believe it's a common denominator now of struggles across the world.

The connection with the struggle of the 1970s hinges around the issue of the student as a worker. We can see a revival of this question in some places today. In Canada, especially in Montreal, there is a big movement demanding fair wages for students, who are often forced into unpaid labour that comes in the form of unpaid intern-



Illustration: Sarah Langoth

ships. The whole idea of the student as a worker is founded upon one belief: We are not here for our pleasure; we are not here for our benefit. We are here because you are forcing us to train ourselves so we can become more productive. We are here for your benefit and for your interest, so you need to pay us.

**Inspired by your campaign „Wages for Housework“, the project „Wages for Students“ took off in the 1970s. Do you think the demand is still justified?**

I think the question of wages for students is very important. It's a scandal to me that now students have to pay for their education. I agree completely with the students in Canada. In fact, they often invite me to talk about the issue of reproductive work. They see a continuity between the critical perspectives we develop on education and on reproductive work. In the end, the state's organization of education, much like the state's organization of reproduction, is not done with the

selection. Saying „Students are workers!“ is a challenge to the way our society is stratified.

**You were one of the founding members of CAFA, the Committee for Academic Freedom in Africa – how did that come about?**

It began in Nigeria in the 1980s. There had been massive mobilization of mostly students and some teachers. There was a strong students' organization at the time, the National Union of Nigerian students (NUNS), that was crucial. They were basically the centre of the opposition to the politics and structural readjustment of the International Monetary Fund. The IMF had proposed an austerity programme that was eventually embraced by the Nigerian government as well as many other African governments, which meant massive disinvestment in education. NUNS created the manuals for the struggle on campus. There were even massacres in the north of the country, but NUNS stayed close to the people on the ground. Students were being arrested, students were being beaten up, even at the university where I was at the time in Port Harcourt. There were three or four days where the police came in a veritable rampage. They invaded the dorms, even the women's dorms, they beat up women, the police did lots and lots of terrible things. One of them even launched a gas canister against me, which was amazing because I had thought that as a white woman and as a teacher, I would be less vulnerable. I would take my bicycle through the smoke of tear gas to see what was happening. It was very brutal. When I left – which was also related to the structural readjustment, because the state's disinvestment meant that faculty were no longer being paid – I decided I had to do something.

benefit of individuals and communities in mind. Both systems are organized for the benefit of capital, chasing an ever more productive society.

**What is it like to introduce these ideas to people who see students as part of the ruling class, i.e. their future oppressors?**

This of course is a battle and it really depends on different political traditions. I think that for instance in Italy for a certain time in the late 1960s, there was a moment of coming together. For the students to say “We are workers!” was a sign of solidarity with the workers' movement. It was an assertion of the continuity of the students' struggle with the struggle that was taking place in the workplace, in the offices, in the factories. At the same time, the student activists would often have come from those same working-class families.

Forcing students to pay to go to school puts another burden on working class families. It's an instrument of social

I couldn't just go on and forget all of this. Nigerian faculty also had to leave the country so we decided to form an organization with the goal of exposing the objectives behind the defunding of universities. We wanted to demonstrate how it fit in with the restructuring of the global economy and the new international division of labour that was emerging. Our bulletin from back then is still online. We published a book in 2000 called „A Thousand Flowers“ and then we began to organize. We went specifically to departments of African Studies and to various universities in general. We weren't able to raise the mass support on American campuses that we were hoping for, but I still think our work was very important. First and foremost for African students and universities, because for many years we provided extensive analysis and documentation. Teachers and students gathered information that we published in our periodicals. Activists tell us that this work was vital. We stopped in 2003. By then we had lost contact with the local student organizations. We didn't feel like we had the kind of understanding anymore about what was happening there for us to continue.

***You've mentioned terms like „global universities“ and „division of labor in education“ – What do you mean by that?***

The terms are very connected. As part of the neoliberal drive, which is the expansion of capitalism, we find ourselves in a new hegemonic system dominated by American capital and the multinational. An essential part of this system is the restructuring of education and international labour. What I call the „global university“ is the fact that now we have a system where a select number of universities in educational centres in the United States,

or in what they call the global North, set the standard for the rest of the world. Colombia, Harvard, the London School of Economics, etc. This creates an international education system that is extremely hierarchical, where the responsibility of decision-making lies with a number of select organizations. These influential few are the ones who determine what education is, what knowledge is, how to produce knowledge, which knowledge is worthwhile and which is not. According to this system, for instance, knowledge is not considered valuable unless it is published in certain journals. In any part of the world, you now have to publish in certain journals to get a promotion or to gain access to resources. That also means that you have to mould your research interest to the subjects, the categories, the language, that these journals promote. This means that less and less local researchers can work on local issues.

Connected to this is another perverse development, which is online education. Online education is very widespread in the United States. There are new private, for-profit universities cropping up that provide most of their courses online. That means very low costs for the investment, as these universities don't need buildings or infrastructure. This is a very dissatisfying development, but online accessibility is instrumental to global education. Now the World Bank can say to Nigeria: „You don't need to build your own university; the students can take online classes from Harvard“. We are witnessing a whole new structure emerge that is recreating the colonial system at an educational level.

***In your work you write about commons and their role in society and***

***capitalism. Do you think the neoliberalisation of universities is an attack on education as a common good?***

Absolutely. Part of the struggle is the creation of „knowledge commons“, as they are known in the activist language in the United States. People speak of building commons of knowledge, creating spaces where knowledge is produced, distributed and circulated collectively and outside of the logic of the market.

***You have written about how labour under capitalism alienates workers from their own body. With the increasing indifference of the EU to refugees dying at her border in mind – how do you think capitalism has changed how we relate to other people's bodies?***

Capitalism has demonized certain people so much that you become numb to the suffering of others. Oppressors have been able to convince sectors of the working class that their own well-being depends on exclusionary policies. I think the left carries the burden of responsibility for not having been able to do the kind of educational work that unites the oppressed. If we don't distinguish between fact and fiction, we are vulnerable to all the stupidities that are being said about migration. It's not a matter of fighting immigrants who are taking your job! It's about fighting the German government, the EU, the US government, those who are impoverishing, who are dispossessing entire regions of the world for their resources. They are the ones we should point our finger at: „You, who are letting people drown in the Mediterranean, imposed the very policies that caused them to leave their countries. You are the ones who are responsible.“

***In your book „Caliban and the Witch“ you expose how, when under pressure, the ruling class has historically resorted to institutionalizing discrimination against a group within the proletariat. Is this our perpetual fate under capitalism or do you see an end to this reaction in sight?***

This question is actually heavily debated in some circles. People like David Harvey, a more traditional Marxist, came up with a statement upon being asked if capitalism is necessarily gender-biased. And he said: „Well, that is what happened historically, but logically you could think of a capitalist-system without gender-bias.“ I disagree with him, with the whole idea of logically separating capitalism from history. Because capitalism has only been able to build its expansion on gender-based discrimination, because the unpaid labour of women has enabled the massive accumulation of wealth. If the capitalist class had to provide the infrastructure for reproductive labour itself, certainly the accumulation process would be much more reduced. It doesn't make sense to analyse capitalism in an abstract way. You don't just wipe out history! It's a very non-materialist position. Materialism is built on the recognition of historical dimensions of social reality. The moment you accept that historical reality, you can't deal in abstractions anymore. Gender-discrimination, like racism, is a structural element. I always say that capitalism is not the production of wealth, it's the production of scarcity.

*Das Interview führte Perigan Eraslan (21), Redakteurin des progress. Sie studiert Volkswirtschaftslehre an der Wirtschaftsuniversität Wien.*

# Höbelt – Abriss eines Skandals

Im vergangenen Wintersemester erregten die Proteste um den Historiker Lothar Höbelt viel Aufsehen. Doch wo liegt eigentlich der Skandal?

Ein Kommentar.

Wer sich in den letzten Monaten mit Hochschulpolitik beschäftigt hat, ist um Lothar Höbelt nicht herumgekommen. Der bereits lange umstrittene außerordentliche Professor am Institut für Geschichte hatte wieder auf sich aufmerksam gemacht, als er im Herbst 2019 einen Vortrag mit dem Titel „Entgermanisierung? Österreich und Deutschland nach 1945“ bei der Herbstakademie des Instituts für Staatspolitik (IfS) gehalten hat. Das IfS gilt als Think Tank der Neuen Rechten und beruft sich laut dem Landesamt für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen auf antidemokratische Ideologien. Dieser Auftritt also war der Anlass für Protestaktionen gegen Höbelt, die an der Universität Wien zwar nichts neues sind, aber eine breite Debatte ausgelöst haben.

## DEN PROTESTEN GING EINIGES VORAUSS:

Lothar Höbelt macht seit den 1990ern mit bestenfalls fragwürdigen Aussagen und Auftritten auf sich aufmerksam. Dabei ist es egal ob er sich positiv in einem nicht-wissenschaftlichen Kontext auf Göring bezieht, die Waffen SS mit einem SPÖ-nahen Kindergartenverein vergleicht, das Verbotsgesetz als „Ärgernis“ bezeichnet oder an einer Festschrift für den verurteilten Holocaust-Leugner David Irving mitarbeitet – sobald Kritik aufkommt, fühlt er sich einfach missverstanden. Dass ein Historiker sich doch eigentlich so präzise ausdrücken können müsste, dass er bei so sensiblen Themen möglichst nicht so fatal missverstanden werden kann, wird dabei eher außer Acht gelassen. Höbelt weiß genau, in welchen Bereichen er sich bewegen kann. Wenn er etwa seinen Kritiker\_innen einen Aufenthalt am Steinhof wünscht, kann er meinen, diese gehören in

ein psychiatrisches Krankenhaus. Dass dort jedoch in der Anstalt „Am Spiegelgrund“ die Nazis ihr Euthanasieprojekt „Aktion T4“ durchführten, bleibt auch im Interpretationsspielraum. Es ist wichtig zu betonen: Weder von solchen Aussagen, noch von Auftritten bei BDM- und HJ-Nostalgiereffen, noch vom Beitrag für Irving hat sich Höbelt jemals distanziert. Im Gegenteil, er macht einfach weiter. Man kann also davon ausgehen, dass er doch eine gewisse Freude daran hat, missverstanden zu werden.

**SO VIEL ZU SEINER PERSON.** Die Medienrezeption war zunächst überschaubar. Erst nach der Eskalation der Proteste gegen Ende des Semesters, nachdem rechtsextreme „Identitäre“ sich dazu berufen fühlten „Saalschutz“ für Höbelts Vorlesung zu machen und antifaschistische Aktivist\_innen diese in Folge blockierten, wurde die Diskussion breiter geführt. Was dabei zu beobachten war, war dass beinahe alle liberalen Medien sofort gegen die Protestierenden Position bezogen. In einem Kommentar im Falter etwa wurde sogar behauptet, man hätte ja gar nichts gegen Höbelt in der Hand, man hoffe ja schon fast auf einen Ausrutscher. Dabei sind die meisten der oben beschriebenen Fälle seit Jahren bekannt und dokumentiert. Es ist die Rolle der Journalist\_innen sich darüber zu informieren wen sie hier verteidigen. Es geht auch nicht nur darum, dass Höbelt ein FPÖ-Parteiprogramm mitgeschrieben und am „Historikerbericht“ der FPÖ mitgearbeitet hat. Man kann ihm sicherlich ein Näheverhältnis zur FPÖ unterstellen, aber die Vorwürfe gegen ihn darauf zu reduzieren ist verharmlosend. Auch die Aufforderung, die Studierenden sollten doch mit ihm

diskutieren, zeugt von Verharmlosung oder nur von Ahnungslosigkeit was die Machtverhältnisse an der Universität betrifft. Studierende können Lehrenden in einer Diskussion nicht auf Augenhöhe begegnen, weil sie in der Hierarchie klar unter ihnen stehen und oft abhängig von Benotungen sind. Mal abgesehen davon, dass es auch gar nicht darum geht, Höbelt zu belehren, sondern dieses Verhalten zu skandalisieren. Dann kommt in die Berichterstattung noch ein guter Schuss Vermischung dieses Falles mit der Kritik an Alice Schwarzer und Diskussionen an US-amerikanischen Universitäten, und raus kommt ein undifferenziertes Gesamtbild mit dem Tenor: Die Studierenden sind im Unrecht. Dabei wurden gerade diese Studierenden vor ein paar Jahren noch so für ihre angebliche Politikverdrossenheit kritisiert. Jetzt aber sind sie plötzlich zu laut, zu radikal in ihrer Kritik und ihren Forderungen und haben seit neuestem die wundersame Macht erlangt, ganze Karrieren zu zerstören, Diskurse zu dominieren und Unis lahmzulegen.

Gerade die Reaktion der Universität bzw. die Nicht-Reaktion hat auch zur Eskalation der Proteste beigetragen. Erst nach dem Gipfel mit der Blockade der Vorlesung und dem Standard-Streitgespräch zwischen dem Professor und der ÖH-Uni Wien Vorsitzenden Jasmin Chalendi gab es eine Stellungnahme des Instituts für Geschichte. Dieser schloss sich auch das Institut für Zeitgeschichte an. Die Stellungnahme legt sehr aufschlussreich auch interne Diskussionsprozesse offen und stellt sich gegen die „schleichenden Normalisierung von rechtsextremem Gedankengut“ in Bezug auf Höbelts



Foto: Presseservice Wien

Publikum, wie die rechtsextremen „Identitären“. Auch haben Lehrende der Universität Kommentare veröffentlicht, die sich kritisch mit manchen Aussagen oder seiner Sicht auf die Geschichtswissenschaft auseinandersetzen. Das Rektorat jedoch stellt sich nur im Wunsch um ein „respektvolles Miteinander“ gegen die Eskalation der Proteste und schweigt sonst beharrlich. Sicher, Höbelt ist außerordentlicher Professor und hat alle Rechte, die damit einhergehen. Das sind in dem Fall vor allem Lehrbefugnis und Kündigungsschutz. Aber deshalb keine öffentliche Äußerung zu den Vorwürfen zu tätigen, oder diese auch nur zu prüfen, ist unverständlich und lässt es so aussehen, als wären diese gar nicht der Rede wert. Dadurch entsteht das Bild, die Uni-Leitung würde sich hinter Höbelt stellen, was nicht zur Deeskalation beiträgt.

**AFFÄRE ERINNERT.** Nicht nur wegen der Reaktion der Universität fühlen sich viele unweigerlich an die Borodajkewycz-Affäre erinnert. Taras Borodajkewycz, Professor für Wirtschaftsgeschichte an der damaligen Schule für Welthandel (heute Wirtschaftsuniversität) war 1946 als „minderbelastet“, also in mindermem Maß in der NSDAP tätig, eingestuft worden, jedoch weiterhin stolz auf seine NSDAP-Mitgliedschaft. Er tätigte in seinen Vorlesungen immer wieder nazistische und antisemitische Aussagen. Diese wurden von einem Studenten (späterer Finanzminister Lacina) dokumentiert und von einem jungen Juristen (Heinz Fischer) veröffentlicht und skandalisiert. Die Affäre gipfelte 1965 in einem Zusammentreffen einer antifaschistischen Demonstration von Gegner\_innen des Professors und einer

vom Ring Freiheitlicher Studenten (RFS) organisierten Gegendemonstration. Bei diesem Zusammentreffen schlug ein vorverurteilter Neonazi den kommunistischen Widerstandskämpfer Ernst Kirchweger zu Boden, welcher später an seinen Verletzungen verstarb. Die Borodajkewycz-Affäre hatte den ersten politischen Toten der Zweiten Republik gefordert. Borodajkewycz selbst wurde erst 1971 zwangspensioniert – mit vollen Bezügen.

**GLEICHSETZEN LASSEN SICH BEIDE AFFÄREN NICHT, VERGLEICHEN ABER SEHR GUT.** Zum einen ist es wieder der RFS, der sich gemeinsam mit Deutschnationalen Burschenschaften und Identitären dazu berufen fühlt, Höbelt gegen „Linksextreme“ zu verteidigen. Wie bei Borodajkewycz wird die Freiheit der Wissenschaft als Totschlagargument verwendet. Zum anderen sind der eigentliche Grund für die Proteste ja weder Borodajkewycz noch Höbelt. Sie beide sind Symptome eines gesellschaftlichen Konflikts und Anlässe, dass sich dieser an der Universität entzündet. Insofern könnte man das Gefühl bekommen, dass sich in den letzten 50 Jahren nichts verändert hat an Österreichs Universitäten. Dabei hat sich sogar sehr viel getan. Die Universität Wien als Institution und ihre Historiker\_innen haben sich intensiv mit Nazi-Kontinuitäten an der Universität auseinandergesetzt. Als 2017 antisemitische und sexistische Inhalte aus Chatgruppen der Aktionsgemeinschaft (ÖH Fraktion) am Juridicum bekannt wurden, reagierte die Universität sofort. Deshalb ist das Schweigen der Uni-Leitung jetzt auch so unverständlich. Denn auch wenn Höbelt nicht persönlich verantwortlich sei,

wenn seine Hörer\_innen angesichts der Jüdischen Österreichischen Hochschüler\_innen „Juden raus!“ schreien, muss darauf reagiert werden. Eine Reaktion bleibt aber aus.

Was nach einem Protest-Semester bestehen bleibt ist Höbelts Lehrauftrag, den er sehr komfortabel zur Mittagszeit im repräsentativen Hauptgebäude ausführen darf. Durch die momentane Schließung der Universitäten durch COVID-19 wird diese Vorlesung und so auch mögliche Proteste bis April nicht stattfinden. Die Spannungen sind aber definitiv nicht gelöst. Bestehen bleibt die Legitimation, die Höbelt seinem Lehrauftrag verdankt. Auch wenn er in seinen Vorlesungen mittlerweile nichts Grenzüberschreitendes mehr von sich gibt – das Göring Zitat aber war sehr wohl aus einer Vorlesung – kann er dennoch als „Professor an der Universität Wien“ an rechtsextremen Veranstaltungen teilnehmen und sprechen. Er wurde zur Causa laufend interviewt und konnte sich profilieren. Nun kann das sehr wohl eine Folge der Proteste sein, wie einige meinen. Wenn es keine Proteste gegeben hätte, würde Höbelt in ein paar Jahren ruhig in Pension gehen. So hat er kurz davor noch einmal Trubel um seine Person, an dem er sichtlich Freude hat. Das mag sein, aber er kann nur so freudig und entspannt sein, weil er bis jetzt noch nie Konsequenzen erfahren hat. Das ist der wahre Skandal!

*Sandra Velebit studiert Geschichte an der Universität Wien und war bis Juli 2019 Vorsitzende der ÖH Uni Wien.*

# SÜDKOREAS DEMOKRATISIERUNG: STEINE GEGEN WAFFEN

**Aus den Unis auf die Straße. Zwischen Protest und Revolution.  
Mit welchen Mitteln veränderten Studierende ihre Gesellschaft in Südkorea?**

Südkorea gilt in den Medien oft als das demokratische und liberale Pendant zu Nordkorea, welches im Gegenzug autoritär und diktatorisch ist. Doch der Schein trügt: Bis in die 1980er hinein war Südkorea ebenfalls eine Militärdiktatur mit autoritären Zügen.

**DEMOKRATIE.** Tatsächlich kann man erst seit den Neunzigern von einem demokratischen Südkorea sprechen, denn davor herrschten mehrere Militärdiktaturen, die von den Vereinigten Staaten finanziell und materiell unterstützt wurden. Die Demokratisierung des Landes ist auf diverse Aufstände, Demokratiebewegungen, Unruhen und Proteste zurückzuführen, die zu Beginn von Studierenden angeführt wurden. Tatsächlich gelten Studierende historisch gesehen als Wegbereiter\_innen für soziale Änderung. Es stellt sich die Frage, inwieweit Studierende Einfluss auf die politische Notlage ihres Landes haben und mit welchen Mitteln sie in der Vergangenheit eine Demokratie erkämpfen konnten.

Um die Notlage Südkoreas zur Zeit der Aufstände der Demokratiebewegung in den 1980ern zu verstehen, muss zuerst der politische Kontext betrachtet werden. So kann man von einer generellen Unzufriedenheit seitens der Zivilbevölkerung unter der brutalen Militärherrschaft des Präsidenten Park Chung-hee sprechen. Er kam 1961 durch einen Militärputsch an die Macht. Trotz der Unruhen konnte er mit de facto uneingeschränkter politischer Macht die sogenannte Yushin-Verfassung (auf kor.: 유신, „Modernisierung“) etablieren. So schaffte er es, sich weiter an der Spitze zu halten und ließ die politische Oppo-

sition unter Hausarrest stellen. Mit der neuen Wahlrechtsreform war es nun möglich, Park Chung-hee unbegrenzt oft wiederzuwählen.

**IM JAHRE 1972** löste er mittels eines Ausnahmezustandes die Nationalversammlung auf sowie unterband jede „regierungsfeindliche“ politische Aktivität. Somit löschte er faktisch das letzte Fünkchen Demokratie in Südkorea. Seine Präsidentschaft endete abrupt mit einem Attentat auf ihn seitens des Direktors Kim Jae-gyu der Korean Central Intelligence Agency (KCIA). Nachfolger wurde für kurze Zeit Choi Kyuh-hah, der wiederum durch den Militärgeneral Chun Doo-hwan gestürzt wurde. Daraus geht hervor, dass die politische Lage in Südkorea äußerst instabil war.

Demokratische Bewegungen konnten nach der Ermordung Parks kurzzeitig wieder aufblühen. Auch Professor\_innen und Studierende, die wegen regierungsfeindlicher Arbeit von den Universitäten suspendiert worden waren, kehrten wieder zurück. Eine große Anzahl der Studierenden galt weiterhin als regierungsfeindlich, da viele sich für die Wiedervereinigung mit dem Norden sowie gegen amerikanischen Einfluss aussprachen. Die Vereinigten Staaten hatten nämlich auf der südlichen Hälfte der Halbinsel permanente Militärstützpunkte. Die Studierenden wurden plakativ als „kommunistisch“ eingestuft und verurteilt, womit man ihre Unterdrückung politisch rechtfertigen konnte. Im Zuge dessen bildeten sich Studierendenvereinigungen, die sich landesweit für mehr demokratische Rechte und vor allem Reformen einsetzten. Ziel war es, das noch immer gelten-

de Kriegsrecht sowie die autoritäre Yushin-Verfassung zu überwinden. Andere Forderungen waren eine umfassende Demokratisierung und eine Einhaltung der Menschenrechte, vor allem der Pressefreiheit. Zusätzlich zeichnete sich die neue Bewegung durch die Forderung nach einem landesweiten Mindestlohn und Solidarität mit Gewerkschaften aus.

**DER AUSGANGSPUNKT FÜR DIE AUFSTÄNDE** war in der Hauptstadt Seoul. Dort demonstrierten am 15. Mai 1980 um die 100.000 Studierende gegen den Diktator Chun Doo-hwan. Antwort der Regierung auf den zu eskalieren drohenden Zustand war das Dekret Nummer 10. Der Ausnahmezustand wurde intensiviert. Universitäten wurden geschlossen und die Nationalversammlung wieder aufgelöst. Um die Regierungsmacht zu stürzen stationierte Chun Doo-hwan Militärtruppen im ganzen Land. Im Rahmen einer Konferenz versammelten sich leitende Universitätsvertreter\_innen von insgesamt 55 Universitäten. Das Treffen wurde jedoch im Rahmen einer Razzia des Defense Security Commands gewaltsam beendet. Kim Dae-jung, eine leitende Figur der Opposition und Demokratiebewegung, wurde im Zuge dieser Razzia verhaftet. So zeigt sich wie sehr sich die Militärregierung vor den Studierendenbewegungen fürchtete.

**18. MAI 1980.** Studierende der Chonnam National University versammelten sich friedlich im Stadtzentrum von Gwangju in der Jeollanam Provinz. Diese liegt etwa 330 Kilometer südlich von Seoul. 600 Studierende protestierten mittels Sit-ins für die Aufhebung des Ausnahmezustandes,

für die Meinungsfreiheit und die Freilassung Kim Dae-jungs. Doch die Antwort der dort stationierten Militärtruppen war äußerst brutal. Studierende wurden verprügelt, mit Stichwaffen bedroht und verhaftet. Vereinzelt versuchten Studierende sich zur Wehr zu setzen, etwa mit Steinen oder auch Molotowcocktails. Eine brutale und gewaltsame Auflösung der Versammlung der Studierenden folgte.

Zwei Tage später fanden weitere, größere Proteste statt. 200.000 Studierende, zusammen mit Gewerkschaftsaktivist\_innen, Arbeiter\_innen und anderen Gruppen der Zivilgesellschaft, versammelten sich in einer Front für die Demokratie. So wird im Buch „Korean Politics“ von John Kie-chiang Oh von einer umfassenden Solidarität von Bus- und Taxifahrer\_innen berichtet, welche durch einen langen Konvoi mit lautem Hupen Aufmerksamkeit auf sich ziehen und die Stadt zum Protest animieren wollten. Auch hier reagierten die Militäreinheiten gewaltsam gegen die Protestaktion, etwa mit Schlagstöcken, Bajonetten und Tränengas. All dies geschah mit dem Wissen der US-Regierung, welche die südkoreanische Regierung in ihrem Vorhaben unterstützte. Letztendlich wurden auch Schusswaffen verwendet, wodurch mehrere Protestierende getötet wurden. Journalist\_innen berichteten von einem staatlich genehmigten Massenmord.

**BIS ZUM 26. MAI** breiteten sich die Proteste in der ganzen Provinz aus. Der Aufstand ließ trotz Regierungsgewalt nicht nach, sondern mobilisierte in der Zivilgesellschaft mehr Leute. Jedoch marschierten am 27. Mai um zwei Uhr früh 20.000 Solda-

Illustration: Elisabeth Danzer



ten mit Panzern in die Stadt ein und zerschlugen den Aufstand mit viel Blutvergießen komplett. Militärhelikopter und Schützenpanzer wurden ebenfalls eingesetzt. Protestierende wehrten sich mit allem, was sie finden konnten. Laut Han Chong-suk, einem Soziologen, konnte die Regierung den Aufstand innerhalb von zwei Stunden auflösen.

Die Studierenden wurden beschuldigt, pro-Nordkorea zu sein, da sie sich für eine Wiedervereinigung einsetzten. Dies benutzte die Regierung als Rechtfertigung für ihr brutales Vorgehen gegen die Bevölkerung. Kim Dae-jung wurde als „Hauptverantwortlicher“ dieser Unruhe zum Tode verurteilt. Heute wird dieser Tag als Gwangju-Massaker bezeichnet, welches bis heute weitreichende Folgen für die Provinz und die Demokratiebewegung hat. So wurde der Tod eines studentischen Aktivisten, Park Jong-chuls, durch Folter der Staatsgewalt ein Auslöser für die demokratische Juni-Bewegung im Jahre 1987 (Daniel Tudor, „Korea: The Impossible Country“).

**MISSINFORMATION.** Nachdem Gwangju vom Militär komplett abgeriegelt wurde und niemand die Stadt betreten oder verlassen durfte, entstanden viele Unklarheiten bezüglich der Proteste. Vielen war nicht klar, was in der Stadt vor sich ging, da jede Kommunikation mit den Bürger\_innen und Protestierenden fehlte. Die Regierung ließ auch Falschmeldungen über Nachrichtendienste verbreiten, um jede Schuld von sich zu weisen und auf die Studierenden zu schieben. Auch international wurde nicht über die Aufstände und den brutalen Umgang mit der Bevölkerung Gwangjus berichtet.

Erst durch den deutschen Kameramann Jürgen Hinzpeter, welcher damals für das ARD-Büro in Tokio tätig war, konnten Aufnahmen des Protests und der Gräueltaten des Militärs veröffentlicht werden. Der Journalist ließ sich, nachdem er von den Aufständen in Südkorea von seinen Kollegen erfahren hatte, in das schon gesperrte Gwangju einschleusen, wie im Film „A Taxi Driver“ (2017) gezeigt wird. Er

erlebte, wie sehr sich die Studierenden für Menschenrechte und Demokratie einsetzten und wie viel sie dafür zu opfern bereit waren. Durch seine Aufnahmen konnten die Missstände Südkoreas ins internationale Rampenlicht gerückt werden, was für die Bewegung eine große Rolle spielte und wodurch die Hinrichtung Kim Dae-Jungs verhindert werden konnte.

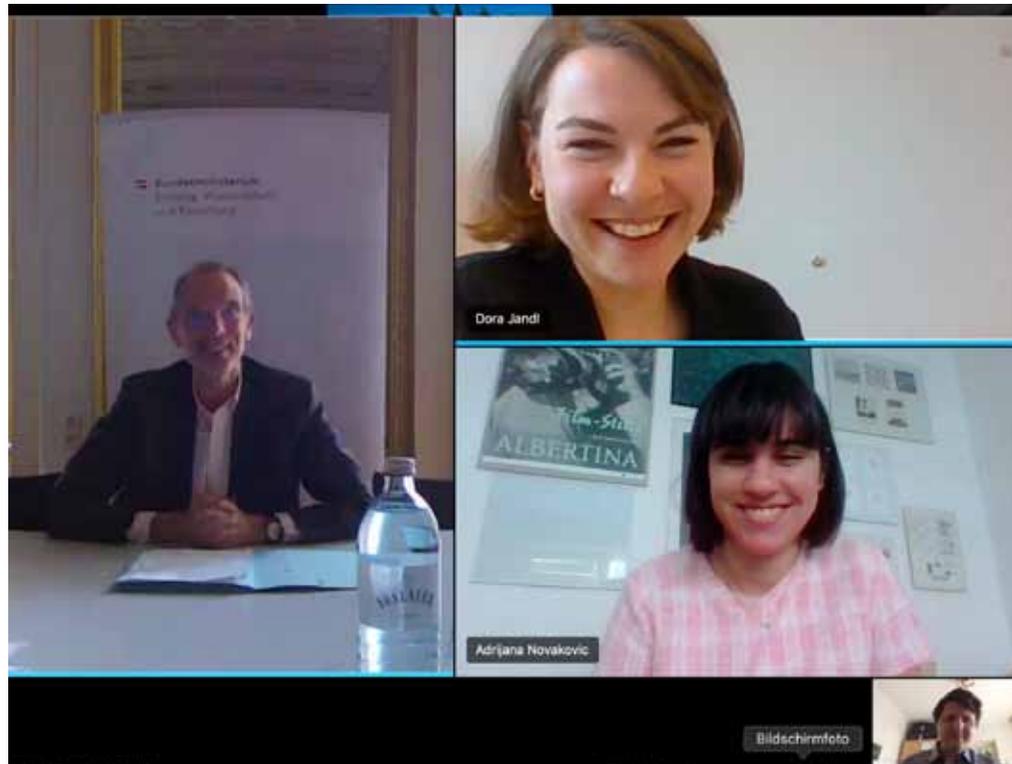
**DEMOKRATIE NACH DEN AUFSTÄNDEN.** Der Gwangju-Aufstand hatte maßgeblichen Einfluss auf die südkoreanische Politik und Geschichte und gilt als Wegbereiter für die späteren Proteste und Bewegungen, welche unter anderem letztendlich mit dem Juni-Kampf 1987 zu einem demokratischen Südkorea führten. Hier demonstrierten laut der „Association of Korean History Teachers“ unzählige Studierende und Bürger\_innen für Gerechtigkeit und die Verurteilung der Verantwortlichen des Gwangju-Massakers. Vor allem wurde der Kampf wieder zusammen getragen, von Studierenden, Arbeiter\_innen und Gewerkschaften.

Es macht zuversichtlich, dass Studierende, die sich gesellschaftspolitisch engagieren und sich für eine angstfreie, demokratische Gesellschaft und Politik friedlich einsetzen, sich auch gegen brutale Waffengewalt durchsetzen können. Studierendenbewegungen mit klaren Zielen können nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig nachhaltige Erfolge bringen. Es war in Südkorea ein langer, steiniger Weg zur Umstrukturierung der Verhältnisse. Das Resultat ist dafür umso bewundernswerter: Im Jahre 2019 wurde Südkorea vom Demokratieindex der Zeitschrift „The Economist“ mit 8 von 10 Punkten bewertet.

*Josef Burker studiert Koreanologie und Jus an der Uni Wien.*

*Amina Sakic studiert Koreanologie, Publizistik und Kommunikationswissenschaften an der Uni Wien.*

Das Vorsitz-Team der Bundes-ÖH im Gespräch mit Minister Heinz Faßmann



# COVID-19 & Hochschulen

## Damit du dich auskennst: Die wichtigsten Informationen von deiner ÖH-Bundesvertretung (Stand 3. April 2020).

### LEHRBETRIEB

Bis mind. einschließlich 30. April haben alle österreichischen Hochschulen den vor Ort-Betrieb eingestellt. Dies inkludiert Lehrveranstaltungen und Prüfungen, welche gewöhnlich an der Hochschule stattfinden.

### DISTANCE LEARNING

Lehrveranstaltungen werden, je nach Möglichkeit, via „distance learning“ oder ähnlichem angeboten.

### PRÜFUNGEN

Viele Hochschulen bieten in dieser Zeit auch Möglichkeiten von Online-Prüfungen (z.B via Videochat) an. Hier ist wichtig, dass dies immer nur im gegenseitigen Einverständnis von Studierenden und Lehrenden geschehen soll.

### BIBLIOTHEKEN

Derzeit sind auch alle Bibliotheken der Hochschulen geschlossen. Der Zugriff auf digitale Ressourcen wird, soweit es die Lizenzen zulassen, auf Heim-Zugriff erweitert.

### ENDE DER MASSNAHMEN

Eine Verlängerungen der Maßnahmen, wird laufend evaluiert, es gilt als wahrscheinlich dass die Präsenzlehre vor dem Sommer NICHT wieder aufgenommen wird.

### STUDIENBEIHILFE

Alle Studierenden, die derzeit Studienbeihilfe (bzw. im WS 2019/20) beziehen, können ein Semester länger die Beihilfe beziehen. Der im Wintersemester 2020/21 oder im Sommersemester 2021 vorzulegende Nachweis über den Studienerfolg reduziert sich entsprechend. Auch die Altersgrenzen werden jeweils um ein Semester erhöht.

### STUDIENRECHTLICHE FRISTEN

Ab 22. März bis zum 30. April sind Fristen in (studien)rechtlichen Verfahren unterbrochen, d.h. habt ihr mehr Zeit, wenn ihr z.B. eine Beschwerde gegen einen Bescheid der Studienbeihilfenbehörde einlegen wollt.

Das Wissenschaftsministerium hat alle Hochschulen ersucht, größtmögliche Kulanz gegenüber den Studierenden zu gewähren. Wir, als ÖH Bundesvertretung, setzen uns dennoch dafür ein, dass es weitreichende gesetzliche Regelungen gibt, die Auswirkungen der Krise für Studierende minimal zu halten.

### AKTUELLE INFORMATIONEN

Auf unserer Webseite [oeh.at/covid19](http://oeh.at/covid19) erhältst Du immer die aktuellsten Informationen rund um das Thema Corona-Krise & Hochschule und Links zu Maßnahmen auf Deiner Hochschule.

### COVID-19: ALLGEMEINE MASSNAHMEN

- Bleib zuhause! Ausnahmen: Dringende Besorgungen, Unterstützung anderer Menschen & Arbeit
- Regelmäßiges Händewaschen (auch zuhause!), mind. 20 Sekunden mit Seife
- Keine Partys, auch nicht in Wohnungen/Studiheimen
- Mit Großeltern telefonieren, anstatt besuchen

So können wir alle gemeinsam zur Eindämmung des Virus beitragen.

# BILDUNG



# Brennpunkt: Wohnen

**Mietpreisexplosion, Leerstände, Diskriminierung, rechtliche Ungewissheiten – der Wohnungsmarkt ist eine Baustelle. Alles in Stein gemeißelt? Nicht mit uns!**

Künstlich geschaffene Wohnraumknappheit durch Leerstände und Zweckentfremdung, hohe Mieten und unentwegte Versuche die lückenhaften Schutzbestimmungen des Mietrechtsgesetzes zu umgehen sind nur drei Aspekte, welche die Krise am Wohnungsmarkt ausmachen. Wohnen ist ein Grundbedürfnis, ein Menschenrecht – und doch wurde der Bereich gleichgültig dem gewinnorientierten Markt überlassen. Hier steht das Gewinnstreben Einzelner in diametralem Gegensatz zu fundamentalen Ansprüchen aller Mitglieder einer Gesellschaft. Wenn wir vom „Wohnen“ sprechen, geht es nicht um ein Luxusgut, sondern um das Fundament eines menschenwürdigen Lebens. Wir dürfen nicht länger zusehen, wie sich Investor\_innen auf dem Rücken der Ärmsten – aber auch zum Nachteil einer breiten Mittelschicht – bereichern.

Wir alle sind gefordert, Lösungen anzudenken und umzusetzen, wenn wir gerechte und lebenswerte Verhältnisse haben wollen. Wohnen ist kein Thema, das sich aus einem gesellschaftlichen Gesamtkontext reißen lässt. Es betrifft Unternehmer\_innen, Werkstätige und Beschäftigungslose genauso wie uns Studierende. Als Hochschul\_innen haben wir sowohl allgemeingesellschaftliche als auch spezifische wohnpolitische Anliegen. Eine gerechte Wohnungspolitik und soziale Wohnungswirtschaft sind zentrale Voraussetzungen für ein leistbares Studium für alle.

Im Groben kann man studentische Wohnformen drei Kategorien zuordnen: Das Leben im Studierendenheim, Wohnen zur Miete bzw. Untermiete (etwa in einer WG) und die elterli-

che Herberge [Verweis auf Progress 2019/03 und 2020/01]. Der Übersichtlichkeit halber wollen wir uns alle drei Sparten und ihre typischen Herausforderungen der Reihe nach vornehmen – allerdings ist klar, dass es Überschneidungen, Abhängigkeiten und Verknüpfungen zwischen den einzelnen Sphären gibt.

## **STUDIENDENWOHNHEIME.**

Rund 10-12% der Studierenden wohnen in Studierendenwohnheimen. Was als staatlich gefördertes Programm zur Unterstützung Studierender ohne üppige finanzielle Mittel begann, wurde 2012 dem freien Markt überlassen: Die Bundesförderung zur Errichtung und Erneuerung von Studiheimen wurde eingestellt, folglich verloren gemeinnützig orientierte Betreiber\_innen den Spielraum, attraktive Heimplätze zu fairen Preisen anbieten zu können. Gewinnfokussierte Anbieter\_innen treiben durch die Vermittlung von Luxusapartements die Erwartungen an die Unterkünfte, aber auch die Benützungsentgelte eklatant in die Höhe. Was seitens der gemeinnützigen Heimbetreiber\_innen nicht durch strikte Vorschriften, versteckte Pauschalen und immer höher werdende Bepreisung ausgeglichen wird, fällt gänzlich an leistbarem Wohnraum weg.

Daher fordern wir eine Verpflichtung aller Heimbetreiber\_innen zur Einhaltung des Kostendeckungsprinzips: Wie Studien des IHS zeigen, ist das Feld der Studierendenheime ein Verdrängungsmarkt. Trotz steigenden Angebots, stagnierender Studierendenzahlen und der Schaffung neuer Heimplätze durch profitorientierte Unternehmer\_innen bleibt der Anteil der Studierenden in dieser Wohnform

relativ konstant. Der Schutz eines Marktsegments für sozial Schwächere muss vor Investor\_inneninteressen stehen. Benützungsentgelte, die durch ein von einer unabhängigen Kontrollinstanz überprüftes Kostendeckungsprinzip gedeckelt sind, stellen ein probates Mittel dar, horrenden Preise zu verhindern.

Die Wiederaufnahme der Förderung von Heimen durch den Bund: Die Notwendigkeit, Rücklagen für Sanierungen und Neubauten zu bilden, führen neben der negativen Vorbildwirkung durch die nicht gemeinnützigen Heimbetreiber\_innen zu radikal erhöhten Benützungsentgelten bei (einstmals) sozial orientierten Betreiber\_innen. Strenge Auflagen zur Sicherstellung der zweckmäßigen Verwendung gebundener Förderungen würden hier Entlastung schaffen.

Die Ausweitung der Rechte der Heimvertretungen: Die direkte Einbindung der Bewohner\_innen in die Verwaltung der Heime muss ausgebaut werden, um die Attraktivität der Heime zu gewährleisten. Heimvertretungen als Sprachrohr der Bewohner\_innen können vor Ort gegen immer wieder auftretende Missstände und ungerechtfertigte Zusatzzahlungen und Vorschriften Position beziehen. Dafür muss es ähnlich wie in Gewerkschaften Schutzmechanismen für engagierte Bewohner\_innen geben.

**HOTEL ELTERNHAUS.** Wenn es keinen leistbaren Heimplatz gibt - oder die vorhandenen Angebote finanziell derart abschreckend sind - heißt es vielleicht: „Entweder du wohnst bei uns im Elternhaus, oder das mit dem Studium wird nichts!“.

Finanzielle Gründe mögen nicht das einzige Motiv sein, bei den Eltern wohnen zu bleiben. Unter gewissen Umständen kann es auch sinnvoll und absolut kein Problem sein. Doch wer sich nach Selbstständigkeit und Selbstbestimmtheit im Alltag sehnt, sich eigene Wohnvorstellungen verwirklichen will, oder eine bestimmte Studienrichtung auserkoren hat, die am elterlichen Wohnort nicht verfügbar ist, verliert auf drastische Weise Möglichkeiten, die eigene Zukunft zu gestalten. Freilich könnte man die räumlichen Distanzen durch tägliches Pendeln überwinden, doch ist es wirklich sinnvoll zu pendeln, wenn es nicht sein müsste? Denken wir nur an die Belastung für die Umwelt, die daraus resultierenden Einschnitte im Zeitbudget und in den sozialen Kontakten wie auch die Belastung durch die Reisetätigkeit selbst (ignorant oder ahnungslos, wer meint, man könne im überfüllten Zug so konzentriert studieren wie in der Bibliothek).

Wir fordern daher Die Ausweitung der individuellen Förderung von Studierenden: Jede\_r, die\_der studieren will, muss die Möglichkeit haben, unabhängig vom Budget der Eltern das Wunschstudium am Wunsch-Studienort ablegen zu können. Das ist nur dann möglich, wenn die Beihilfen tatsächlich ausreichen, um die Lebenskosten inklusive der Wohnkosten zu decken. Bedürftige Interessent\_innen müssen vermehrt auf das Angebot aufmerksam gemacht werden und die Unterstützungszahlungen sollten direkt an die Studierenden – nicht wie die Familienbeihilfe – an die Eltern fließen. Ebenso ist ein Wohnbeihilfesystem für Studi-WGs und Studierendenwohnheime in allen Bundesländern anzudenken.



Foto: Mohammad Masadegh

**DU WOHNST WEDER IM HEIM NOCH BEI DEINEN ELTERN?** Willkommen am Mietmarkt! Viele von uns leben als Teil- oder Untermieter\_innen in Wohngemeinschaften. Ein Leben im Einzelhaushalt können bzw. müssen sich vornehmlich ältere Studierende in Erwerbstätigkeit leisten. Das Gefühl unverhältnismäßig steigender Mieten wird von diversen Studien, unter anderem auch einer Erhebung der Arbeiter\_innenkammer aus dem Jahr 2017, bestätigt. Ganz allgemein sind die Wohnkosten im Verhältnis zum Durchschnittseinkommen viel zu hoch. Hinzu kommt eine komplizierte Rechtslage, gerade auch in WGs, bürokratische und finanzielle Hürden beim Einstieg in den sozialen Wohnbau und immer wieder werden Studierende (wenngleich weniger als viele gesellschaftliche Randgruppen) am privaten Mietmarkt diskriminiert, etwa durch hohe Bürgschaften oder die bevorzugte Vergabe von Wohnungen an eine wohlhabende Klientel. Umfassende Änderungen müssen daher durchgesetzt werden.

Unsere Forderungen lauten: Klare Richtlinien für leistbare Mieten. Wohnen ist eine Frage des Geldes, notwendigerweise müssen Mechanismen etabliert werden, welche direkt eine Kostenerhöhung verhindern. Ganz

konkret bedeutet das eine allgemeingültige Mietzinsdeckelung, ein Verbot für Lagezuschläge und die Abschaffung befristeter Verträge – die Sprünge bei Vertragserneuerungen sind nachweislich massive Preistreiber. Makler\_innenkosten sollen nach dem Bestellerprinzip von Vermieter\_innen getragen werden müssen.

Maßnahmen zur Entlastung des Wohnungsmarktes: Ein geringes Angebot bei hoher Nachfrage führt zu noch höheren Wohnkosten. Das sogenannte Betongold muss an Attraktivität verlieren. Leerstandserhebung und Abgaben, sowie Spekulationsfristen sollen Wohnanlagen als Investitionsgut weniger attraktiv machen. Die Gebäude werden als Lebensraum, nicht als Wertanlage gebraucht. Ebenso wenig soll Wohnraum für gewerbliche Zwecke wie Kurzzeitvermietung (AirBnB) missbraucht werden dürfen.

Förderung von sozialem Wohnbau: Zu lange schon hat man sich im kommunalen und gemeinnützigen Wohnbau auf den Errungenschaften vergangener Jahrzehnte ausgeruht. Zweckgewidmete Förderungen und eine sinnvolle Bodenpolitik müssen ein Wiederbeleben des sozialen Wohnbaus erwirken. Der so geschaffene Wohn-

raum darf weder an Investor\_innen veräußert werden, noch sollten bürokratische Hürden den Zugang erschweren. Bewohner\_innen von Studierendenwohnheimen etwa haben keinen Anspruch auf eine Wiener Gemeindeförderung, da sie keine Mieter\_innen, sondern nur Benutzer\_innen eines Wohnraumes waren, Meldefristen durch Zimmerwechsel nicht einzuhalten sind oder durch die verschärfte Jungwiener\_innen-Aktion benachteiligt werden.

Stärkung von Mieter\_innenrechten: Viele der genannten Forderungen waren einst Bestandteil von Mieter\_innenschutzgesetzen. Das Mietrechtsgesetz wurde in den letzten Jahrzehnten aufgeweicht und sukzessive geschwächt. Dieser Trend muss umgekehrt werden. Kautionen und Genossenschaftsbeiträge sollten auf ein vernünftiges Maß gedeckelt und monetäre Transferleistungen intensiviert werden. Ein Beitrag dazu ist die Wiederaufnahme der Befreiung von Studienbeiträgen für erwerbstätige Studierende. Die Durchsetzung von Mieter\_innenrechten muss durch eine Vereinfachung des Gesetzes und kostenfreie Angebote gewährleistet werden, zudem ist eine flächendeckende Krisenhilfe bei drohendem Wohnplatzverlust unabdingbar.

Mit diesen Forderungen schließen wir uns Aufrufen der Arbeiter\_innenkammer, Initiativen wie „Housing for All“ oder „BAWO – Wohnen für alle“ und von Mieter\_innenorganisationen wie beispielsweise der Mieter\_innen-Initiative an. Diese fordern gemeinsam von Studien und evidenzbasierten Berichten abgeleitete, notwendige Maßnahmen für einen sozial gerechten Wohnungsmarkt. Nicht nur die Politik ist mit der Umsetzung dieser Maßnahmen gefordert. Jede\_r von uns kann einen Beitrag dazu leisten, die problematische Wohnsituation zu entschärfen. Die von uns betreuten Beratungsfälle verdeutlichen immer wieder, dass es oft auf Eigeninitiative und Hartnäckigkeit ankommt, um sein Recht gegenüber Vermieter\_innen durchsetzen zu können. Die Vernetzung von Bewohner\_innen im Haus und der Region sorgt für eine bessere Position gegenüber Vermieter\_innen und nicht zuletzt für ein besseres Wohnklima. Lasst uns gemeinsam an einer Zukunft arbeiten, in der Wohnen leistbar und kein existenzbedrohendes Problem ist!

*Christoph Hall studiert Geschichte an der Universität Wien. Er arbeitet ehrenamtlich im Sozialreferat der ÖH Bundesvertretung.*



# Mit Recht gegen Plastik

**Der Wiener Universitätsprofessor Hannes Tretter hat ein Academic Start-up aus Studierenden der Rechtswissenschaften ins Leben gerufen, das sich für den Schutz des Mittelmeeres vor Kunststoffabfällen einsetzt.**

Umwelt- und Klimaschutz gehören zu den zentralen Themen unserer Generation. Nicht nur die neuen Köpfe in Naturwissenschaft und Ökonomie sehen sich zum Handeln verpflichtet, auch Jurist\_innen wollen mehr zur Rettung unseres Planeten beitragen. Unter der Leitung von Hannes Tretter, außerordentlicher Universitätsprofessor für Grund- und Menschenrechte der Universität Wien und wissenschaftlicher und administrativer Leiter des Ludwig Boltzmann Instituts für Menschenrechte (BIM) in Wien, sieht sich die kleine Gruppe von Studierenden und frisch gebackenen Uni-Absolvent\_innen als Task-Force für ein rechtliches Konzept zum Schutz des Mittelmeeres mit dem Ziel, ein „Recht auf Umweltschutz“ zu etablieren. „Wir sehen in der Verschmutzung der Meere auch ein menschenrechtliches Problem, da wir eine intakte Umwelt als essentiell für die Gewährleistung und den Schutz der fundamentalen Menschenrechte betrachten“, sagt Philip Wilfing, Jus-Student und Koordinator des Projektes Clean Mediterranean Sea (CMS!).

In der Hoffnung auf eine Reaktion der Rechtssprechung auf die Klimakrise besteht die Überlegung, eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen jene Staaten einzubringen, die ihre Meeresschutzverantwortung grob verletzen, da die Verschmutzung des Mittelmeeres das Recht auf ein ungestörtes Privat- und Familienleben bzw. sogar das Recht auf Leben selbst gefährdet.

Nach Vorbesprechungen im Juni und Oktober 2019 und der Bewilligung des Förderungsantrages im vergangenen Februar durch die Hermann und Marianne Straniak Stiftung, stürzt sich CMS! nun in die Intensivphase. Mit Partner\_innen aus dem NGO-Sektor und Expert\_innen aus den Naturwissenschaften will das Academic Start-up normative Win-Win Lösungen für Umwelt und Mensch erarbeiten, um den Plastikmüll in der Adria langfristig zu reduzieren. Das Projekt steckt zwar noch in den Kinderschuhen,

doch das junge dynamische Team ist international und interdisziplinär bereits gut vernetzt und voller Tatendrang.

**150 MILLIONEN TONNEN PLASTIK IN DEN OZEANEN.** Eine neuere Schätzung geht davon aus, dass bereits 150 Millionen Tonnen Plastik in den Ozeanen gelandet sind. Meerestiere und Vögel verstricken sich darin, fressen den Plastikabfall versehentlich und verenden qualvoll. Jährlich kommen etwa 8 Millionen Tonnen hinzu.

Die größten maritimen Plastikproblemzonen befinden sich in der Nähe von Küstenmetropolen und Flussmündungen. Global gesehen ist die Mülldichte im ostasiatischen Meer besonders hoch. Der Atlas der Globalisierung der Zeitung Le Monde diplomatique zählt unter anderem die Flüsse Mekong, Ganges, Jangtsekiang als größte Mülltransporter auf. Gründe dafür sind die besonders hohe Bevölkerungsdichte, das schnelle Wirtschaftswachstum, die Überforderung der Institutionen mit dem Müllmanagement. Hinzu kommt natürlich auch die Last der Müllimporte aus Europa, den USA und anderen Industrienationen.

**DOCH AUCH EUROPA KANN SICH NICHT MIT LORBEEREN SCHMÜCKEN.** Der vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Heinrich-Böll-Stiftung veröffentlichte Plastikatlas verdeutlicht, dass die Recyclingquote im Vorzeigeland Deutschland unter 20 Prozent liegt. Etwa 14 Prozent des deutschen Plastikmülls wird exportiert und gilt offiziell als recycelt, sofern er zum Zwecke des Recyclings exportiert wurde. In der Regel wird aber nicht kontrolliert, was mit diesem Müll tatsächlich geschieht. Es finden sich immer wieder deutsche Verpackungen auf illegalen Müllkippen in Asien. Den auf der Meeresoberfläche schwimmenden Plastikmüll halten Expert\_innen von WWF, Greenpeace und der Mittelmeer-NGO Mare Mundi für das gerin-

gere Problem im Vergleich zu dem weitaus größeren Plastikkonvolut, das sich unter der Wasseroberfläche befindet und am Meeresgrund liegt. Denn diesen Müll wieder vom Meeresgrund wegzubekommen sei aussichtslos.

Müllfischerprojekte wie The Ocean Cleanup versuchen, zumindest das Plastik an der Oberfläche einzusammeln und dort zu handeln, wo es noch möglich ist. Doch jede Maßnahme, die Müll mit großen Fangnetzen radikal aus dem Meer fischen würde, stellt naturgemäß auch eine Gefahr für die Flora und Fauna des Wassers dar. Der Schaden für die Lebewesen kann nicht in Kauf genommen werden. Es braucht also Maßnahmen, die möglichst wenig in das Ökosystem eingreifen und dennoch substanzielle Erfolge erzielen. Der Verein Pacific Garbage Screening beschäftigt sich mit einer End-Of-Pipe-Lösung für die Plastic Garbage Patches, zu der er von Kläranlagensystemen sowie einem Pilotprojekt der NASA zu Algenkulturen inspiriert wurde. Pacific Garbage Screening arbeitet an der Entwicklung einer bis zu 30 Meter tief reichenden Maschine, die Plastik tierfreundlich aus dem Wasser abschöpft. Vor allem die Installierung an Flussmündungen könnte helfen, die Vermüllung der Meere einzudämmen.

Georg Scattolin vom WWF berichtet CMS!, dass Europa jährlich 150-500.000 Tonnen Makroplastik in die Meere befördert, was etwa 66.000 Müllwägen voll entspricht. Nur 6 Prozent des Plastiks bei uns in Europa werde bereits recycelt. Lisa Panhuber, Konsument\_innensprecherin von Greenpeace, spricht gegenüber CMS! von einer prognostizierten Verdoppelung des Plastikaufkommens in den Meeren bereits in den nächsten 25 Jahren. Um diese verheerende Entwicklung zu verhindern, brauche es Maßnahmen auf vielen Ebenen. Sowohl sei es nötig, Plastik an der Quelle zu reduzieren als auch Clear-Up-Aktionen in betroffenen Gewässern durchzuführen, um es heraus-

zufischen. Um gegen die Plastikindustrie vorzugehen, schlägt Panhuber Lizenztarife für Verwertbarkeit von Verpackungen vor.

**MIT NORMEN VERÄNDERN.** Die Gruppe Wiener Akademiker\_innen setzt ihren Fokus darauf, mithilfe juristischer Regelwerke einen Fortschritt für den Mittelmeerschutz zu erzielen. CMS! setzt darauf, einheitlich wirksame und rechtlich verbindliche Umweltstandards europaweit zu implementieren und durchzusetzen. Es existiert schon eine Vielzahl an unverbindlichen Regelwerken und klimafreundlichen Projekten, unterstützt von einer immer größer werdenden, motivierten Zivilgesellschaft. Jetzt braucht es den Mut zur progressiven Gesetzgebung, ohne den Verlust von Arbeitsplätzen oder die Abschreckung investitionsfreudiger Unternehmen als Einwand vorzuschieben, bzw. die Schuld am mangelnden Umweltschutz auf andere Länder abzuwälzen.

In Zusammenarbeit mit der meeresbiologischen Partnerorganisation Mare Mundi beschafft CMS! Informationen, von welchen europäischen Regionen die Vermüllung ausgeht. Sie prüfen geltende Regelwerke zu Umweltschutz und Abfallwirtschaft, die Regeln des internationalen Seerechts im Hinblick auf einschlägige umweltschutzrechtliche Verpflichtungen sowie Kontrollmaßnahmen und Möglichkeiten der Sanktionierung. Sie analysieren erforderliche Schritte zum Sammeln, Recyceln oder Entsorgen von Plastikmüll und Technologien zu seiner etwaigen Verwertung, um einen „Masterplan“ zu erstellen.

Aus den Recherchen zu Rechtsrahmen, Aufgaben und Kompetenzen internationaler Organisationen sowie aus Programmen, Resolutionen und Zielsetzungen von Unternehmen kategorisiert CMS! die überzeugendsten Umsetzungen. Langfristig sol-

len – möglicherweise in Form einer Petition – den politischen Handlungsträger\_innen die sinnvollsten Regelungen als Entwurf für rechtlich bindende Normen vorgelegt werden.

**AKTIV WERDEN.** Neben der Ausarbeitung eines substanziellen Regelwerkes sehen die Studierenden es als ihren zivilgesellschaftlichen Auftrag, die Wegwerfgesellschaft zu kritisieren und den Wirtschaftszweig Plastik einzudämmen. „Wir möchten regelmäßig auf unserer Website und den Social-Media-Kanälen auf Diskurse zum Thema Klima- und Umweltschutz aufmerksam machen und Konsument\_innen auf Möglichkeiten einer Plastikalternativen Lebensweise hinweisen. Wir freuen uns, wenn wir mehr Leute für CMS! begeistern können und sind dankbar für jede Unterstützung gegen Plastik zum Schutz des Mittelmeers“, sagt Philip Wilfing.

Alleine in Österreich fallen laut Greenpeace jedes Jahr 300.000 Tonnen Plastikmüll nur aus Verpackungen an. Verbraucher\_innen können in diesem Bereich durch ihr Kauf- und Wegwerfverhalten helfen. Eine Möglichkeit besteht darin, insgesamt bewusster zu konsumieren und zur Vermeidung langer Transportwege und damit verbundener aufwändiger Verpackungen regional-saisonale, möglichst unverpackte Lebensmittel vorzuziehen. Das für 2021 beschlossene EU-weite Verbot für einige Einweg-Plastikartikel wie Besteck oder Wattestäbchen ist ein erster positiver Schritt, wird aber nicht ausreichen, solange die Industrie von Wegwerfprodukten profitiert. Daher will CMS! sich zukünftig auch mit Plastikabnehmer\_innen aus der Industrie vernetzen, um wirtschaftlich und ökologisch sinnvolle Kreislaufsysteme zu unterstützen. Dafür untersuchen sie die Gemeinsamkeiten europäischer Codes of Conduct von Unternehmen im Sinne einer ökologischen Corporate Social Responsibility.

Ein wirtschaftlicher Ansatz für die Reduzierung von Plastikmüll könnte die derzeit laut diskutierte Abgabe für Altplastik oder ein flächendeckendes Pfandsystem sein. Ein Öko-Bilanz-Zertifikat auf Produkten wäre für die Transparenz bei der Kaufentscheidung ebenfalls wünschenswert. Die Verantwortlichkeit der Wirtschaft für ihre Produkte von der Erzeugung bis zur optimalen Entsorgung würde ebenfalls einiges ändern. Es gibt also Lösungen.

Auch wenn Österreich nicht am Meer liegt, heißt das nicht, dass uns die Vermüllung des „Mare nostrum“ nichts angeht. Schon jetzt nehmen wir durch Fisch und Grundwasser Mikroplastik zu uns und schaden unserer Gesundheit. Zugleich sollten wir nicht dabei zusehen, wie das bedeutendste Ökosystem Europas durch unsere Nachlässigkeit immer kränker wird. Es ist wichtig, dass wir zu Hause brav den Müll trennen. Das heißt aber nicht, dass wir nicht auch größer denken können und nachhaltige Verbesserungen für Österreich und darüber hinaus bewirken können. Wer soll anfangen? Die Politik – damit Industrie und Konsument\_innen folgen? Oder Konsument\_innen – damit Politik und Unternehmen folgen? Oder doch die Unternehmen, damit die Politik sich traut und die Konsument\_innen automatisch mitziehen? Wir müssen alle endlich anfangen, Plastik zu vermeiden und uns überdies für bessere Konzepte und politische Maßnahmen zu engagieren. Im Umweltschutz müssen alle an einem Strang ziehen.

*Lea Romm studiert Rechtswissenschaften an der Universität Wien.*

Für Online: [cms@humanrights.at](mailto:cms@humanrights.at)  
Facebook: [www.facebook.com/cms.cleansea/](https://www.facebook.com/cms.cleansea/)

# Nacherzählt ist nicht erfunden.

Warum Michael Köhlmeiers neuer Märchenband ein Paradebeispiel für kulturelle Aneignung ist.

**MÄRCHENONKEL DER NATION** wird Michael Köhlmeier zuweilen genannt, auch wenn er sich dagegen sträubt. Sein Werk besteht zum größten Teil aus Nacherzählungen von Sagen, Märchen und anderen Stoffen aus dem deutschsprachigen Raum und darüber hinaus. Sein aktueller Band, „Die Märchen“, erschien im Herbst 2019. Auf der Verlagsseite des Carl Hanser Verlags kann mensch lesen: „*Als Kind hat Michael Köhlmeier Märchen gehört oder gelesen – heute schreibt er die Märchen unserer Zeit: keine Nacherzählungen bekannter Stoffe, sondern eigene Erfindungen, verstörende, unheimliche Geschichten.*“

Michael Köhlmeier meint so einiges erfunden zu haben: „Jorinde und Joringel“, „Jossele und der Dibbuk“ oder „Der liebe Augustin“ unter anderem. Es sind mehr oder weniger ausgeschmückte Nacherzählungen, die Titel sind teilweise verfremdet. Der Verlag teilt auf Anfrage am 2. März 2020 mit: „*Michael Köhlmeier ist ganz sicher der Urheber aller Märchen in diesem Buch, denn sie stammen alle aus seiner „Feder“ oder wohl aus seinem Computer, das heißt, er hat sie selber von A bis Z geschrieben. Und es findet sich unter den 151 Märchen kein einziges, das einfach identisch ist mit einer älteren Vorlage, und nur extrem wenige, die eine so große Ähnlichkeit haben, wie Sie es anmerken.*“

Köhlmeier selbst ist da schon transparenter: „*[...]in der Regel habe ich einfach Geschichten genommen, die mir gut gefallen haben, habe vom Plot 80 oder auch nur 20 Prozent übernommen und sie neu erzählt.*“ Etwas bemerkt? Genau: Neu erzählt ist nicht neu erfunden!

„*Ein Katalogtext ist aber weder eine genaue literaturgeschichtliche Information, noch ein Quellenverzeichnis*“, weist der Carl Hanser Verlag die Kritik zurück. Er sieht Köhlmeier in der Tradition der Grimms, Nacherzähler und Autor zugleich. Einen Kommentar mit Literaturangaben und Vergleichstexten wie in den Grimmschen Märchen, sucht mensch bei Köhlmeier vergeblich. Die Dokumente, worin Grimm,

Bechstein und Co. ihre Märchensammlungen als „eigene Erfindungen“ bewerben, müssen auch erst entdeckt werden.

„Jorinde und Joringel“ oder der Joker (DC-Comics) sind noch relativ bekannt. Deshalb kann das Wissen vorausgesetzt werden, dass Köhlmeier ja nur der Nacherzähler sein kann. Bei Stoffen, die ursprünglich nicht auf Deutsch verfasst wurden, sieht es anders aus. Es ist viel schwieriger, zwischen Original und Hinzudichtung zu unterscheiden. So ist auch noch leichter, sich mit dem kulturellen Erbe anderer zu brüsten und dabei nicht erwischt zu werden.

**DIE KULTURWISSENSCHAFTLICHE BEZEICHNUNG DAFÜR LAUTET KULTURELLE ANEIGNUNG.** Michael Köhlmeier praktiziert sie zum Beispiel so: Die jiddische Maise (märchenartige Erzählung) „Jossele und der Dibbuk“ „erfand“ er ursprünglich für seinen Roman „Bruder und Schwester Lenobel“. In seiner Nacherzählung geht der jiddische Sprachduktus völlig verloren. Die Geschichte wird also aus ihrem kulturellen und sprachlichen Kontext gerissen, der auch noch verschleiert wird, weil die Leser\_innen im Glauben gelassen werden, Köhlmeier hätte die Geschichte erfunden. Das ist nicht nur künstlerisch und stilistisch billig, sondern auch kulturell und politisch problematisch.

Minderheitenkulturen wird nicht nur die Deutungshoheit und die Sichtbarkeit genommen, sie gehen auch noch leer aus. So schreibt die Süddeutsche Zeitung 2018: Um Geld zu verdienen, fing er an, Sagen des klassischen Altertums nachzuerzählen. „*[...] Man müsse aufpassen, dass man nicht der Märchenonkel der Nation werde*“, sagt Köhlmeier. „*Aber die Honoreure blieben gut.*“

**JEDE NACHERZÄHLUNG IST INTERPRETATION.** Das Problem bei Köhlmeiers Interpretationen ist allerdings, dass er sich verschleiert am Kulturerbe von Minderheiten bedient und der Verlag bewusst mit Köhlmeiers Urheberschaft kokettiert. Zu guter Letzt

ist dieser Märchenband auch wieder ein Beispiel für einen alten, weißen, christlichen, heterosexuellen Mann, der seine Plattform besser hätte nutzen können.

**ES BLEIBT NICHT DABEI,** dass Köhlmeier sich mehrere Stoffe anderer Kulturen aneignet. Er scheut sich nicht, rassistische und ableistische Motive zu benutzen, um seine Schauer geschichten zu illustrieren. Es ist inakzeptabel, dass 2019 immer noch Neuerscheinungen verlegt werden, die das N-Wort enthalten – wer sich fragt warum, sei „Exit Racism“ von Tupoka Ogette oder „Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen, aber wissen sollten“ von Alice Hasters empfohlen. Zu verurteilen ist diese Praxis auch deshalb, weil Michael Köhlmeier gerne auf Bühnen und Medien die antisemitische und rassistische Haltung der FPÖ kritisiert. Und er ist hier selbst in seiner Benutzung von Sprache und Text um keinen Deut besser, weil er sich hinter der „Schönheit der Märchen“ versteckt und glaubt, keine politische, kulturelle und ethische Verantwortung übernehmen zu müssen.

Mit jiddischen Erzählungen Verkaufszahlen und Profit zu machen und dabei den kulturellen Kontext zu verschweigen, ist fragwürdig. Dass Rezensent\_innen die Vorgangsweise von Michael Köhlmeier und dem Carl Hanser Verlag nicht hinterfragen, ist bedenklich. Wirklich verstörend und schauerlich an seinen Märchen ist nur, dass die Irritation der weiß-christlichen, deutschen und österreichischen Leser\_innenschaft auf dem Rücken von Minderheiten geschieht, die zu Fantasiegestalten stereotypisiert werden und ihre eigenen Geschichten nicht erzählen dürfen. Modern wollen sie sein, Köhlmeiers Märchen, aber das endet offensichtlich bei schnellen Autos, Radios und Parteitag.

*Orlando Brix studierte Musikwissenschaft und Judaistik an der Universität Wien und beginnt gerade sein Masterstudium an der Humboldt-Universität in Berlin.*



Illustration: Savanndi Mapalagama

A photograph of a rocky coastline. In the foreground, there is a dense network of weathered, light-brown tree roots, likely from a driftwood tree, which are gnarled and twisted. The roots are set against a backdrop of large, smooth, grey rocks. The overall scene is natural and rugged. The text 'WISSENSCHAFT UND POLITIK' is overlaid in white, bold, sans-serif font on the left side of the image.

# WISSENSCHAFT UND POLITIK

# Know your rights

**Viele studentische Jobs sind durch schlechte Bezahlung und eklatante Missachtung rechtlicher Bestimmungen gekennzeichnet. Christian Hoffmann von der GPA-djp gibt einen Überblick über die arbeitsrechtliche Situation in Österreich.**

## **KOLLEKTIVVERTRAG - WHAT THE FUCK?**

Der Kollektivvertrag (KV) ist eine kollektive Regelung für alle Beschäftigten in einer Branche. Er regelt zum Beispiel Mindestlöhne, Arbeitszeiten aber auch Zuschläge (z.B. Wochenendarbeit, Nachtarbeit) bzw. das Urlaubs und Weihnachtsgeld, das den Beschäftigten in einer Branche zusteht. Arbeitgeber\_innen dürfen im positiven Sinne vom Kollektivvertrag abweichen, sprich sie dürfen gerne mehr bezahlen (sogenannte Überzahlung) und kürzer arbeiten lassen, sie dürfen jedoch nicht weniger bezahlen oder längere Arbeitszeiten verlangen. Es gibt in Österreich keinen gesetzlichen Mindestlohn (!), Mindestlöhne werden immer durch die Kollektivverträge geregelt. Wie hoch dieser Mindestlohn ist, schwankt zwischen den unterschiedlichen Kollektivverträgen. 98% aller Branchen sind in Österreich durch einen Kollektivvertrag abgedeckt.

Welcher Kollektivvertrag für dein Unternehmen gilt, hängt immer vom Gewerbeschein des Unternehmens ab. Dies kann auch bedeuten, dass man in der IT-Abteilung einer Supermarktkette nach dem Kollektivvertrag für den Einzelhandel bezahlt wird, da der Gewerbeschein des Unternehmens auf Tätigkeiten im Einzelhandel lautet. Die Gewerkschaft verhandelt gemeinsam mit den Arbeitgeber\_innen (z.B. Wirtschaftskammer, etc.) jedes Jahr neue Kollektivverträge. Wie hoch die Mindestlöhne und wie gut die Arbeitsbedingungen in einer Branche sind, hängt maßgeblich von der Stärke der Gewerkschaft in diesem Bereich ab (wie viele Beschäftigte sind freiwillige Mitglieder) -auch Studierende können Mitglied in der Gewerkschaft sein.

**ARBEITSZEIT, PAUSEN, RUHEZEITEN UND URLAUB.** Nach 6 Stunden Arbeit stehen dir 30 Minuten als Pause zu, aus betrieblichen Gründen

kann diese Pause auch auf zwei mal 15 Minuten oder drei mal 10 Minuten aufgeteilt werden. Die Pause zählt in den meisten Fällen nicht (!) zur Arbeitszeit und wird meistens nicht bezahlt. Nach Beendigung des Arbeitstages stehen Arbeitnehmer\_innen wiederum 11 Stunden durchgängiger Ruhezeit zu, bis man wieder zur Arbeit eingeteilt werden kann, die ÖVP-FPÖ Regierung hat die Ruhezeiten bei geteilten Diensten gekürzt. In einigen Kollektivverträgen (z.B. Hotellerie und Gastronomie) gibt es jedoch die Möglichkeit die Ruhezeit auf acht Stunden zu verkürzen, wenn man im Austausch für die verkürzte Ruhezeit ein mehr an Freizeit erhält.

Regelungen, wann man arbeiten muss (z.B. Dienstpläne), müssen zwei Wochen vor Arbeitsbeginn bekanntgegeben werden und sind dann gültig. Änderungen am Dienstplan (z.B. Einspringen für Krankenstände) können prinzipiell gültig sein, bedürfen jedoch der ausdrücklichen Zustimmung durch den\_die Dienstnehmer\_in. Eine Änderung kann durch den\_die Dienstnehmer\_in abgelehnt werden, wenn Gründe für die Ablehnung vorliegen (z.B. eine Lehrveranstaltung am Nachmittag kann als Grund gelten, warum man nicht am Nachmittag einspringen kann). Arbeitnehmer\_innen (auch geringfügig Beschäftigten) stehen jeweils zwei Urlaubstage pro gearbeiteten Monat zu. Das Unternehmen muss sicherstellen, dass Arbeitnehmer\_innen ihren Urlaub aufbrauchen können, gleichzeitig bedarf es immer der Zustimmung von Arbeitgeber\_in und Arbeitnehmer\_in, um den Urlaubsanspruch geltend zu machen. Urlaub dient der Erholung, man darf daher nicht durch den\_die Arbeitgeber\_in in den Urlaub gezwungen werden, wenn man sich nicht entsprechend erholen kann. Eine Ausnahme hier bilden z.B. Firmen mit Betriebsferien.

## **GERINGFÜGIGKEIT - GANZ NORMALE ARBEIT, ODER?**

Als geringfügiges Dienstverhältnis bezeichnet man eine Tätigkeit, welche mit maximal €466,60 (Stand 2020) entlohnt wird. Wie viele Stunden das konkret pro Woche bedeutet, hängt vom jeweiligen Kollektivvertrag ab. Wenn du weniger als die €466,60 verdienst, ist dein Unternehmen nur verpflichtet, Unfallversicherungsbeiträge für dich einzubezahlen. Sprich, du bist zwar gegen einen Arbeitsunfall abgesichert, jedoch nicht krankenversichert. Als Student\_in kannst du dich jedoch bei deinen Eltern mitversichern, oder dich auch selbst bei der Gebietskrankenkasse versichern. Als geringfügige Arbeitskraft bist du jedoch rechtlich allen anderen Mitarbeiter\_innen gleichgestellt. Du hast Anspruch auf alle entsprechenden Zulagen bzw. auf einen entsprechenden Anteil am Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Wenn du mehr als die €466,60 verdienst, bist du voll sozialversicherungspflichtig und musst entsprechende Beiträge leisten. ÖH und GPA-djp Jugend bieten mit dem Geringfügigkeitsrechner ein Webtool an, das dir dabei hilft zu überprüfen, ob du entsprechend fair bezahlt wirst.

## **MYTHOS PRAKTIKUM - ARBEITEN UND DAFÜR NICHTS BEKOMMEN?**

Der Status Praktikant\_in ist rechtlich gesehen ein wenig schwierig. Zuerst muss die Frage gestellt werden, welche Art von Tätigkeit man in seinem Praktikum ausführen muss. Das österreichische Arbeitsrecht kennt den Zustand „Praktikant\_in“ eigentlich nicht, sondern nur den Unterschied zwischen Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen. Bei einem Ausbildungspraktikum steht der Wissenserwerb im Vordergrund. Man ist dabei nicht in den betrieblichen Ablauf eingebunden, steht in keinem hierarchischen Verhältnis und ist nicht leistungsverpflichtet. Die Entlohnung eines Ausbildungsverhältnisses kann der\_die Praktikumsgeber\_in selbst entschei-



Foto: Michael Winkler

den, auch ein kompletter Verzicht auf Entlohnung ist rechtlich erlaubt. Ein Praktikum als Arbeitsverhältnis bedeutet, dass man regulär mitarbeitet, in betriebliche Hierarchien eingebunden wird und verpflichtet ist, eine gewisse Form der Leistung zu erbringen. Praktika als Arbeitsverhältnisse sind in den meisten Fällen regulär zu entlohnen und unterliegen meist dem Kollektivvertrag der jeweiligen Branche.

Viele Unternehmen versuchen unter dem Titel Praktikum jedoch die Arbeitskraft von Studierenden zu Dumpingpreisen oder sogar komplett gratis auszunutzen. Die Abgrenzung zwischen Ausbildung und Arbeitsverhältnis ist nicht immer einfach, doch es gibt einige Hinweise, auf die man achten kann. Ist man als Praktikant\_in in die betriebliche Hierarchie eingeordnet, also gibt es Vorgesetzte, die Arbeitsaufträge erteilen können, deutet vieles schon auf ein Arbeitsverhältnis hin. Ein weiteres Anzeichen für ein Arbeitsverhältnis ist, dass du im Namen des Unternehmens gegenüber Dritten auftrittst (z.B. du beantwortest für die Firma E-Mails). Wichtig ist, dass man sich immer die Frage stellt: Ist meine Arbeitsleistung für den operativen Betrieb des Unternehmens notwendig? Diese notwendige Arbeit kann auch darin bestehen, z.B. Kund\_innen darauf zu verweisen, dass die zuständige Person gerade im Urlaub ist und nach ihrer Rückkehr zurückrufen wird. Die GPA-djp Jugend bietet unter [www.watchlist-praktikum.at](http://www.watchlist-praktikum.at) eine anonyme Möglichkeit, sich über die Rechtmäßigkeit des eigenen Praktikums zu informieren.

**WERKVERTRAG - WILLKOMMEN IN DER (PREKÄREN) SELBSTÄNDIGKEIT.** Der Werkvertrag ist ein sogenanntes Zielschuldverhältnis, im Gegensatz zum Angestelltenverhältnis, welches man als Dauerschuldverhältnis bezeichnet. Der Werkvertrag ist somit eine Tätigkeit, die auf die Erbringung eines Ziels ausgerichtet ist. So kann zum Beispiel jemand damit beauftragt werden, ein englisches Buch ins Deutsche zu übersetzen. Dazu wird ein Werkvertrag aufgesetzt. Die übersetzende Person verpflichtet sich, an einem bestimmten Stichtag die Übersetzung abzuliefern, während der\_die Auftraggeber\_in sich dazu verpflichtet, für die Übersetzung am ausgemachten Stichtag zu bezahlen. Wie viel Geld die übersetzende Person für die Übersetzung verlangen kann, muss sie selbst entscheiden. Braucht das Projekt viel mehr Zeit als zum Beispiel ursprünglich veranschlagt, so ist dies das Problem des\_der Werkvertragsnehmer\_in. Die übersetzende Person muss also zielsicher kalkulieren, wie viel Zeit sie benötigt und wie viel sie für diese Zeit verlangen kann. Die Bezahlung erfolgt klarerweise nicht nach Stunden, sondern als Komplettpreis. Der Werkvertrag ist eine selbständige Tätigkeit, entsprechend bist du selbst für die Abführung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen verantwortlich. Einige Berufsgruppen (z.B. Dolmetscher\_innen, freiberufliche Grafiker\_innen und Fotograf\_innen) müssen erst ab einem Jahreseinkommen von €5108,40 Sozialversicherungsbeiträge leisten. Übersteigen deine selbständigen Einkünfte diese Grenze, so bist du entsprechend sozialversicherungspflichtig.

**DER FREIE DIENSTVERTRAG** ist ein Dauerschuldverhältnis, welches sich aber durch geringe persönliche Abhängigkeit auszeichnet. Als freie Dienstnehmer\_in kannst du dich am Arbeitsplatz vertreten lassen, und du bist nur eingeschränkt weisungsgebunden. Die Bezahlung ist nicht an den Kollektivvertrag der jeweiligen Branche gebunden, sondern ist eine Ausmachungssache. Du musst bei der zuständigen Gebietskrankenkasse angemeldet werden. Wenn du mehr als €466,60 pro Monat (Geringfügigkeitsgrenze) verdienst, bist du sozialversicherungspflichtig und musst 17,62% für die Sozialversicherung abführen (auch der\_die Arbeitgeber\_in muss Beiträge abführen). Wenn du durch deinen freien Dienstvertrag mehr als die Geringfügigkeitsgrenze verdienst, bist du damit voll krank-, pensions- und unfallversichert. Ab dem 4. Tag Krankenstand steht dir ein Krankengeld zu, welches sich bei circa 50% deines durchschnittlichen Einkommens bewegt. Wenn du mit einem freien Dienstvertrag ein Einkommen erzielst, welches größer als 11.000€ pro Jahr ist, musst du dieses Einkommen entsprechend versteuern. Du hast aber auch die Möglichkeit verschiedenste Ausgaben (z.B. Kosten für Uni-Skripten, bzw. Arbeitsmaterialien für deine Tätigkeit) von der Steuer abzusetzen.

*Chris Hoffmann ist Jugendsekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus (GPA-djp).*

# Unter Neonazis: Eine Stadt im Ausnahmezustand

**In Budapest wird jedes Jahr Anfang Februar deutsch-ungarischen Soldaten und der Waffen-SS gedacht.**

Seit 1997 findet in der Hauptstadt Ungarns jeden 8. Februar eines der größten Vernetzungstreffen der mittel- und osteuropäischen Neonazi-Szene statt. Unter dem Deckmantel einer geschichtsrevisionistischen „Gedenkveranstaltung“ wird der sogenannte „Tag der Ehre“ von ungarischen Neonazis organisiert. Daran anschließend findet ein 60 km langer Marsch statt, dessen Organisation vom Bürgermeisteramt, der Fidesz-Partei und dem Militärhistorischen Museum gestützt wird. Diesjährige Organisatorin der „Gedenkveranstaltung“ ist „Legio Hungaria“, eine 2018 gegründete rechtsextreme Vereinigung, die bereits internationale Schlagzeilen gemacht hat: Im Oktober 2018 beschmierten Mitglieder nach einer Gedenkveranstaltung zur Revolution von 1956 ein jüdisches Gemeindezentrum in Budapest.

Es gab immer wieder Probleme mit der Organisation der Veranstaltung, trotzdem wurde sie Jahr um Jahr wieder zugelassen. Kreative Lösungen gab es zur Genüge: Einmal hat man die Kundgebung unter dem Deckmantel einer gemeinnützigen Organisation abgehalten, ein anderes unter verfassungsrechtlichem Schutz als Wahlveranstaltung angemeldet. Dieses Jahr hatte die ungarische Polizei auf Grund von absehbaren Ausschreitungen den Organisator\_innen ein Verbot ausgesprochen, welches jedoch kurz darauf von einem Budapester Gericht unter Berufung auf das Versammlungsrecht kassiert wurde. Zurückblickend eine sehr zynische Erkenntnis der Justiz, die längst nicht mehr die saubere Luft der Unabhängigkeit atmet.

**ERST ANFANG MÄRZ WURDE DIE PRESSEFREIHEIT DER MEDIEN MASSIV EINGESCHRÄNKT.** Diese dürfen nun zu unliebsamen Themen nur mehr mit vorheriger Genehmigung „von oben“ berichten. Solch ein unliebsames Thema ist beispielsweise die Klimaprotestbewegung Fridays for Future und deren Symbolfigur Greta Thunberg. Wie die jüngsten politischen Entwicklungen zeigen, scheinen diese Einschränkungen der Pressefreiheit nicht die letzten Verletzungen verfassungsrechtlich geschützter Grundrechte zu sein.

Nichtsdestotrotz wird die Gedenkveranstaltung dieses Jahr erstmals von breitem antifaschistischem Protest begleitet. Mehrere hundert Menschen haben sich eingefunden, um gegen den Aufmarsch lautstark zu demonstrieren. In der Vergangenheit waren nur kleine Gruppen von Gegendemonstrant\_innen zugegen. Unter den Antifaschist\_innen ist die bürgerliche Mitte stark vertreten; mit wehenden EU-Fahnen und Schildern treten sie den Nazis entgegen. Anwesend sind der KZ-Verband und mehrere Roma und Sinti Verbände, die in Reden an die systematische Verfolgung im Zweiten Weltkrieg erinnern. Die Redner\_innen verlassen den Protestzug jedoch bald, aus Angst vor polizeilicher Repression und Zusammenstößen mit den Nazis.

Zusammenstöße bleiben 2020 jedoch erfreulicherweise aus. Diesen fast surreal ruhigen Verlauf hat man den Polizist\_innen vor Ort zu verdanken. Diese hatten nämlich das Gelände zum Schutz der Nazis vor Gegendemonstrant\_innen weiträumig abgeriegelt. Es

sind neben Hundestaffeln auch mehrere Hundertschaften Polizei mit Pfefferspray, Schlagstöcken und Gasmasken gewappnet im Einsatz.

Dieses Jahr fällt der 8. Februar auf einen Samstag. Die Veranstaltung findet im Városmajor-Park im Zentrum von Budapest statt. Es ist ein kalter aber sonniger Tag. Mathias Deyda, Sprecher von „Die Rechte“, hält die erste deutschsprachige Rede. Er steht auf einer kleinen Bühne vor einem Denkmal, neben ihm wehen Fahnen der rechtsextremen „Legio Hungaria“ und der „Hammerskins“: „Nachdem ich im letzten Jahr bereits hier einige Worte verlesen hatte, gab es großen Druck durch die etablierten Parteien und die Lügenpresse in Deutschland. Ich soll es gewagt haben, den größten deutschen Staatsmann der Geschichte zitiert zu haben“.

Er bezieht sich auf Kritik im Zusammenhang mit seiner Ansprache aus dem vorangegangenen Jahr, in der er ein Zitat von Adolf Hitler verwendet hatte: *„Wenn unser alter Feind und Widersacher noch einmal versuchen sollte, uns anzugreifen, dann werden die Sturmflaggen hochfliegen, und dann werden sie uns kennenlernen.“*

Deydas Stimme dröhnt laut aus den übersteuerten Verstärkern über den sonnendurchfluteten Park. Er versucht vergeblich, den Trommelwirbel des antifaschistischen Gegenprotests zu übertönen: *„Wir haben dieselben Feinde wie vor 75 Jahren. Der Feind heißt nicht Meier oder Müller. Unser Feind heißt Rothschild oder Goldman und*

*Sachs“.* Und wieder beendet er seine Rede provokant mit einem Hitler-Zitat.

Mathias Deyda, Ende zwanzig, ist aktives Mitglied von „Die Rechte“ in Deutschland und gehört zur Führungsriege der Dortmunder Neonazi-Szene. Er ist für seine Reden auf rechtsextremen Demonstrationen bekannt. 2014 sprach er am NS-verherrlichenden Lukow-Marsch in Sofia und beteiligte sich danach an Angriffen auf Sinti und Roma sowie auf eine Moschee in der zweitgrößten bulgarischen Stadt Plovdiv. Zwischen ihm und dem Publikum steht ein hüfthohes Holzkreuz mit einem Stahlhelm. Seine Zuhörer\_innen sind etwa 600-700 schwarz gekleidete glatzköpfige Männer, militant in Reih und Glied aufgestellt.

Unschwer an den Bannern ist die Zugehörigkeit der einzelnen Teilnehmer zu erkennen. Gekommen sind rechtsextreme Gruppierungen, die längst als Kleinstparteien in der deutschen Gemeinde- und Lokalpolitik institutionalisiert sind. Auch militante Gruppen wie die „Hammerskins“ oder „Sons of Asgard“ sind anwesend. Still stehen sie da, hören den Reden zu und nicken zustimmend. Sie tragen ThorSteinar-Kleidung, germanische Runen, SS-Insignien und Armbinden mit dem SS-Spruch „Meine Ehre heißt Treue“. Viele sind mit einschlägigen Symbolen tätowiert. Ein Teilnehmer hat ein „2YT4U“ (too white for you) Tattoo am Unterkiefer und ein faustgroßes Hakenkreuztattoo auf der Schläfe.

Ohne Banner, etwas versteckt, aber ebenfalls an Tattoos und einschlägigen



Symbolen zu erkennen, sind extrem rechte und gewaltbereite Vereinigungen wie „Combat 18“ und „Blood and Honour“. „Combat 18“ wurde in Deutschland nach dem tödlichen Attentat auf Walter Lübcke verboten und ist jetzt im Untergrund aktiv. Die achtzehn steht für den ersten und den achten Buchstaben im Alphabet. Also frei übersetzt: Kampftruppe Adolf Hitler.

In diese groteske Kulisse mischt sich ein gutes Dutzend Fotograf\_innen und Journalist\_innen, die versuchen, das Geschehen zu dokumentieren. Die Polizei hat das Gelände auf Grund des Gegenprotests weiträumig abgesperrt. Ausweiskontrollen der Journalist\_innen nehmen die Neonazis selber vor. Nur zum Verweis eines unliebsamen slowakischen Fotografen bedienen sie sich der Unterstützung der Staatsgewalt.

**UNMITTELBAR NACH DEN REDEN** marschieren als Soldaten der Waffen-SS verkleidete junge Männer am Denkmal vorbei und die Zeremonie der Kranzniederlegung beginnt. Im Hintergrund spielt Marschmusik aus dem 2. Weltkrieg. Nach und nach werden alle teilnehmenden Gruppen aufgerufen, darunter italienische, bulgarische, tschechische, französische und deutsche Gruppierungen. Ein Großteil der hier Anwesenden nimmt anschließend auch am Marsch teil.

Sie alle gedenken der gefallenen „Helden“, die im Februar 1945 kurz vor der Kapitulation des mit Nazi-Deutschland verbündeten Ungarn ums Leben kamen. Die Rote Armee hatte weite Teile

von Budapest bereits eingenommen und deutsch-ungarische Einheiten waren eingekesselt. Bei einem verzweifelten Versuch, die feindlichen Linien zu durchbrechen und zurück auf deutsches Territorium zu flüchten, versuchten ca. 30.000 Nazis den sogenannten „Ausbruch“. Ein Großteil der Soldaten kam ums Leben, nur ein Bruchteil ergab sich und wurde gefangen genommen. In der Szene wird dieses überlieferte Ereignis auch gerne „Ausbruch-60“ genannt, da Historiker davon ausgehen, dass die flüchtenden Soldaten in der Nacht vom 8. auf 9. Februar 60 km hinter sich gelegt hatten.

**DER MARSCH GLEICHT EINER WEHRSPORTÜBUNG** und beginnt in Budapest am Burgberg bei einer Gedenktafel des Magdalenturmes am Kapisztrán Platz im ersten Stadtbezirk und findet sein Ziel in einem kleinen Örtchen Namens Szomor nordwestlich von Budapest. Diese Gedenktafel wurde am 12. Februar 2005 vom Bürgermeisteramt des ersten Bezirks von Budapest und vom Militärgeschichtlichen Museum „zum sechzigjährigen Gedenken den ehrenhaften Soldaten gewidmet“.

Entlang der gesamten Strecke des Marschweges sind aufwändig gestaltete „Checkpoints“ errichtet. Bei jeder dieser historisch detailgetreu errichteten Stationen können sich Teilnehmer\_innen auf einer Teilnahmekarte die jeweilige Station mit SS-Totenkopf-Emblem, Reichsadler und ähnlichen Insignien abstempeln lassen. Die Teilnehmer\_innen gehen bis zu 15 Stunden, bis sie das kleine Örtchen Szomor

erreichen. Da bieten die Checkpoints Möglichkeit zum Rasten und gleichzeitig einen Ansporn weiterzugehen. Nationalsozialistische Symbolik und SS-Devotionalien sind dabei ein fixer Bestandteil der Inszenierung. Jede Station wird von als Wehrmachtssoldaten verkleideten Männern bewacht. Bei zwei Stationen hängen ein Hitlerbild und eine Hakenkreuzfahne im Hintergrund und bieten ein beliebtes Motiv für Erinnerungsfotos.

Die meisten dieser makabren Requisiten sind echt und vom Militärgeschichtlichen Museum Budapest zur Verfügung gestellt. Früher hatte die Fidesz-Partei den „Gedenkmarsch“ mitveranstaltet; jene Partei, der der jetzige Ministerpräsident Victor Orbán vorsitzt. Orbán erreichte bei der letzten Wahl gemeinsam mit den Christdemokraten knapp eine Zweidrittelmehrheit im ungarischen Parlament. Die Veranstaltung ist sogar in offiziellen touristischen Verzeichnissen aufgeführt und die Organisator\_innen erhalten immer noch staatliche Subventionen.

Neben dem „III. Weg“, einer rechtsextremistischen deutschen Kleinstpartei, beteiligen sich auch österreichische Neonazis. Sowohl Mitglieder der „Identitären Bewegung Österreich“ als auch Personen, die im Zusammenhang mit dem rechtskräftig verurteilten Neonazi Gottfried Küssel und dem „Alpen-Donau-Info“ Netzwerk stehen, sind in Bundesheer Uniformen zugegen. Einer macht lachend in Richtung Kamera das „White Power“ Zeichen, das auch der Terrorist von Christchurch verwendete.

Diese Szenen, die sich im Herzen Europas und nur zwei Stunden Zugfahrt von Wien abspielen, fallen ganz klar in Österreich und auch in Deutschland unter das Verbots- bzw. Wiederbetätigungsgesetz. Das ist ein Grund dafür, dass das Treffen so viele Teilnehmer\_innen aus eben diesen Ländern anzieht.

Unter den Teilnehmer\_innen der „Gedenkveranstaltung“ und dem anschließenden Marsch befinden sich aber keineswegs nur Neonazis. Es nehmen auch Wanderlustige mit ihren Kindern teil, so wirkt das Ganze wie ein harmloses Freizeit- und Sporterlebnis und hält sukzessiv Einzug in die Mitte der Gesellschaft. Wo dies hinführt ist uns bekannt, nämlich rechte Gewalt und Terror. Das Massaker in Hanau, der Anschlag auf eine Synagoge in Halle und das tödliche Attentat auf Walter Lübcke sind nur ein bitterer Vorgeschmack dessen, was sich hier seit mehr als 20 Jahren aufbraut. Der Ausblick auf das, was in den nächsten Jahren auf Europa zukommen wird lässt einen erschauern.

*„Man darf nicht warten, bis der Freiheitskampf Landesverrat genannt wird. Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist. Man muss den rollenden Schneeball zertreten. Die Lawine hält keiner mehr auf. Sie ruht erst, wenn sie alles unter sich begraben hat.“ (Erich Kästner)*

*Michael Winkler, 23, ist freier Journalist und studiert Publizistik an der Uni Wien.*

# Aus alt macht neu – Social Urban Mining

**Wie Gemeinwohlökonomie und Sozialwirtschaft dabei helfen, Ressourcen zu schonen, zeigt ein Projekt im Zuge der Bauarbeiten des MedUni Campus Mariannengasse. Was steckt dahinter?**

„Die schwerwiegendste Veränderung des Planeten durch den Menschen ist wahrscheinlich der Städtebau, die Anhäufung von Stahl, Glas, Beton und Ziegeln“, so die US-amerikanische Journalistin Elizabeth Kolbert. Die Klimakrise zwingt uns dazu, die gängige Praxis im Städtebau und in der Architektur zu überdenken. Bauprojekte sind ein ressourcenintensives Unterfangen. Bauwerke stellen in hochentwickelten Volkswirtschaften den größten Lagerbestand an materiellen Ressourcen (z.B. Beton, Stahl, Aluminium, Holz, Kunststoffe, Kupfer) im menschlichen Lebensraum dar. Dieses massive Ressourcenaufkommen bleibt nicht ohne Folgen. Die Bauwirtschaft beansprucht 70% aller Rohstoffe im globalen Stoffstrom und ist gleichzeitig für 70% des Abfallaufkommens verantwortlich. Sie emittiert inzwischen mehr CO<sub>2</sub> als der gesamte Flugverkehr und zwei Drittel des innerstädtischen Gütertransportes in Wien sind baustellenbedingt. Doch die Ressourcen der Erde und ihre Kapazität, Abfälle und Emissionen aufzunehmen, sind begrenzt. Es ist Zeit, die moderne Praxis des Bauens zum Wohle von Mensch und Umwelt anzupassen.

**RESSOURCENSCHONUNG DURCH URBAN MINING.** Ein Ansatz hierfür ist das Konzept des „Urban Mining“. Es beschreibt die systematische Wiederverwendung von Materialien aus dem urbanen Raum. Rohstoffe, Altstoffe und Abfallprodukte, die in Gebäuden gelagert sind, sollen am Ende ihrer Nutzungsdauer (bspw. beim Abbruch eines Gebäudes) wiederverwendet oder recycelt, sprich nicht entsorgt oder deponiert werden. Beim Urban Mining geht es aber um mehr als um Upcycling oder Waste Design von Produkten. Es geht um einen grundlegenden Wertewandel weg vom bloßen Ansatz des Recyclings, hin zu einer ganzheitlichen Strategie der Kreislaufwirtschaft, die sich als Teil der Lösung von Abfall- und Ressourcenproblemen begreift. Innerhalb der Paradigmen einer Wachstumsgesellschaft ist Recycling oftmals darauf ausgerichtet, Rohstoffe noch schneller im Kreis zu führen, anstatt sie länger zu nutzen.

Glas, Metalle, Holz, Fliesen und Keramik aus Abbruchobjekten, all das soll kreislaufwirtschaftlich

rückgeführt werden und kann in dem am Abbruch nachfolgenden Neubau oder an einem gänzlich anderen Ort wiedereingesetzt werden. Aus alt macht neu. Heizungskörper, Türen, mobile Zwischenwände und Fenster können entnommen und wieder eingebaut, alte Treppengeländer neu montiert werden. Selbst Bauschutt und Abbruchmassen können im Sinne des Urban Mining wiederverwertet werden. Sie werden vor Ort mit mobilen Anlagen zerkleinert und gebrochen und können so im Straßenbau oder für die Produktion von Beton eingesetzt werden. Für die Herstellung von Beton müssen in der Praxis Kies und Sand als Primärrohstoff abgebaut werden. Durch die wachsende globale Bautätigkeit übersteigt der Bedarf an diesen Rohstoffen deren natürliche Erneuerungsrate um mehr als das Doppelte. Der Abbau führt zum Sinken des Grundwasserspiegels, zu Küsten- und Bodenerosion, Biodiversitätsverlust und in Abbaugebieten wie Kambodscha und Sierra Leone zu systematischen Menschenrechtsverletzungen.

Die Sekundärrohstoffe, die aus dem Bauschutt und Abbruchmassen wiedergewonnen werden, können einen Teil des mineralischen Rohstoffbedarfs an Kies und Sand für die Produktion von Beton ersetzen. Die Stadt ist voll von diesen sekundären Ressourcen. Es gilt sie nur zu nutzen.

Urban Mining läuft somit immer auf eine Einsparung von Primärenergie und Emissionen sowie eine Vermeidung von Abfall hinaus. Rechtsgrundlage in Österreich ist die Recycling-Baustoffverordnung. Sie dient der Förderung von Kreislaufwirtschaft in der Baupraxis. Sie verpflichtet Bauträger vor dem Abbruch eines Gebäudes zur Erstellung eines Verwertungskonzepts und zu einem sogenannten verwertungsorientierten Rückbau. Per Gesetz müssen Bauteile, die einer Wiederverwendung zugeführt werden und nachgefragt sind, so ausgebaut und gesammelt werden, dass eine Wiederverwendung möglich ist.

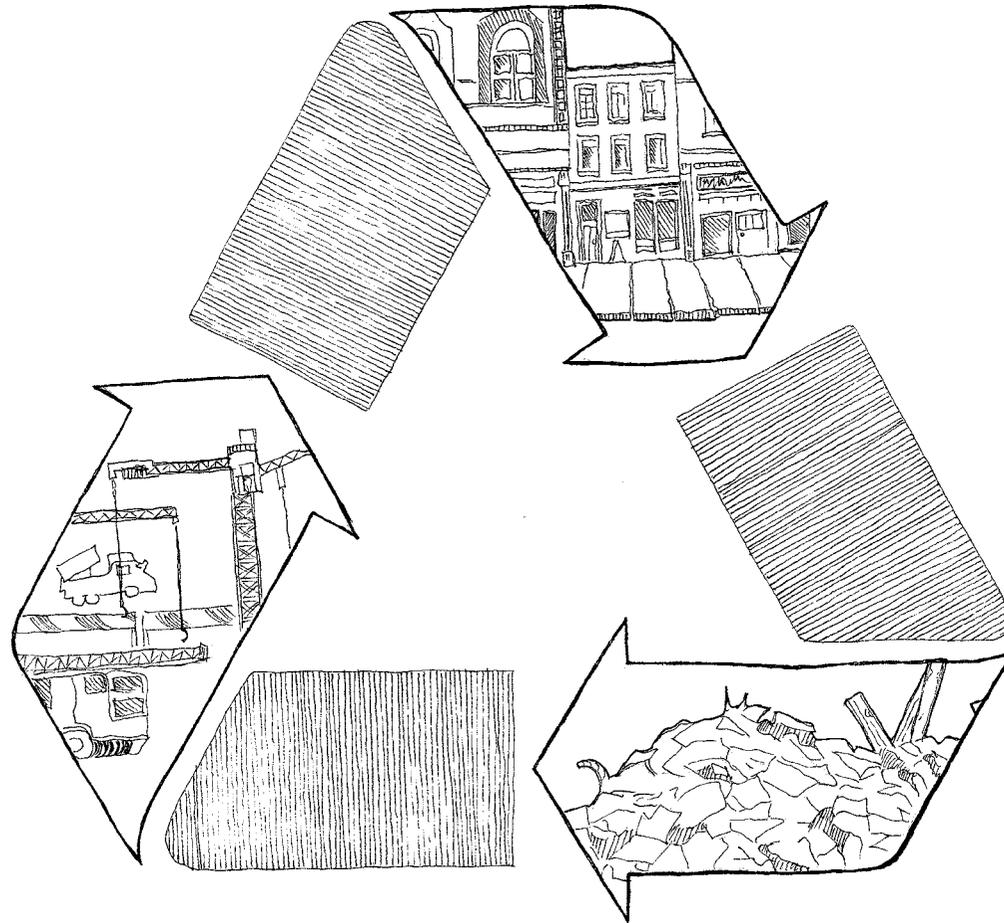
**MEDUNI CAMPUS MARIANNENGASSE.** Das Konzept Urban Mining ist mittlerweile an den österreichischen Universitäten angekommen. Zumindest

in der Praxis. Die Medizinische Universität Wien und die Bundesimmobiliengesellschaft errichten bis Ende 2025 den neuen MedUni Campus Mariannengasse auf dem Gelände des ehemaligen Wien Energie Zentrums in Wien Alsergrund. Teile des bestehenden Gebäudekomplexes werden abgebrochen, denkmalgeschützte Gebäude werden unter Einhaltung der behördlichen Vorgaben umgebaut bzw. generalsaniert. Dabei werden im Einklang mit der Recycling-Baustoffverordnung auch Urban Mining Strategien erprobt und kreislaufwirtschaftliche Maßnahmen durchgeführt.

Vor dem maschinellen Abbruch ist eine intensive und verwertungsorientierte Rückbauphase vorgesehen. Diese wird vom ersten Anbieter für verwertungsorientierten Rückbau am österreichischen Markt „BauKarussell“ begleitet. BauKarussell setzt sich zusammen aus der pulswerk GmbH, einem Tochterunternehmen des österreichischen Ökologie Instituts, den Ziviltechniker\_innen von „rommforschen planen bauen“ und RepaNet – Re-Use- und Reparaturnetzwerk Österreich. Zusammenarbeitet wird mit den sozialwirtschaftlichen Partnerbetrieben Caritas SÖB und dem Demontage- und Recyclingzentrum DRZ Wien.

**SOCIAL URBAN MINING.** BauKarussell erweitert mit dem Konzept des „Social Urban Mining“ die kreislaufwirtschaftliche Wiederverwendung von Bauelementen und Bauteilen um gemeinwohlorientierte und arbeitsmarktpolitische Aspekte. Die meisten Urban Mining Arbeiten am Bau sind arbeitsintensive, manuelle Tätigkeiten mit einem hohen Anteil an Zerlege- und Sortierarbeit, die viel Genauigkeit, Vorsicht und Konzentration verlangen. Die schonende, manuelle, arbeitsintensive Demontage von Bauteilen ist für viele kommerzielle Unternehmen weniger attraktiv, für die Umwelt aber äußerst sinnvoll. Hier kommt das Modell des Social Urban Mining ins Spiel, dem die Annahme zugrunde liegt, dass die Sozialwirtschaft der entscheidende Faktor zur erfolgreichen Anwendung von Kreislaufwirtschaft auf Baustellen ist.

Foto: Savannah Mapalagama



Sozialwirtschaftliche oder sozialökonomische Betriebe agieren innerhalb des zweiten oder dritten Arbeitsmarktes. Es handelt sich also um zeitlich befristete Arbeitsplätze, die unter anderem mit Förderungen der öffentlichen Hand organisiert werden. Vorrangig soll dadurch der Wiedereinstieg in den regulären Arbeitsmarkt unterstützt werden. Daher wird ein niederschwelliger Zugang zu Arbeit geschaffen, was Chancen für Menschen mit Benachteiligungen am Arbeitsmarkt eröffnet. Generell richten sich die Angebote am zweiten Arbeitsmarkt an die unterschiedlichsten Gruppen, etwa langzeitbeschäftigungslose Personen, Menschen mit Beeinträchtigungen, Mädchen und Frauen, Jugendliche, ältere Menschen oder Migrant\_innen.

Im Fall von BauKarussell wird so der rechtskonforme Rückbau mit Ressourcenschonung und arbeitsmarktpolitischen Zielen wie Beschäftigung verbunden. Nebenbei wird den Mitarbeiter\_innen eine Möglichkeit geboten, wertvolle Qualifizierung in der Bauwirtschaft zu erlangen.

**GROSSER WERT, KLEINER PREIS.** Bereits abgeschlossene Projekte von BauKarussell zeigen, dass der verwertungsorientierte Rückbau auch ökonomisch Sinn macht, da er sich finanziell selbst trägt. Durch die Entnahme von Bauteilen und Bauelementen werden nicht nur Entsorgungskosten gespart, sondern auch Erlöse durch ihren (Weiter-)Verkauf erzielt. Ein Abfallstoff bringt in der Regel nur dann Erlöse ein, wenn dieser explizit nachgefragt wird oder dafür ein Markt existiert. Dies ist zum Beispiel bei Metallschrott der Fall. Hier ist auch die Wertdichte hoch genug, um altes Metall aus bspw. Abbruchhäusern zu sammeln und in die Produktion zurückzuführen. Dort werden sie dann eingeschmolzen, legiert und an neue Anforderungen angepasst.

Das nennt man stoffliche Verwertung. Die getrennte Sammlung und Rückführung dieser Metalle generiert eine höhere Wertschöpfung.

Neben der stofflichen Verwertung werden aber auch Bauteile für eine direkte Wiederverwendung nachgefragt. Auch das schafft Erlöse, die wiederum die Arbeit von sozialökonomischen Kooperationen wie BauKarussell finanzieren. Im Falle des MedUni Campus Mariannengasse konnten in den ersten drei Monaten 13.680 kg sortenrein getrenntes Material der stofflichen Verwertung zugeführt werden. Weitere 4.600 kg re-use-fähige Bauteile wurden an Abnehmer\_innen vermittelt, die diese in neuen Bauvorhaben zum Einsatz bringen. Einige Beispiele: Parkettböden, Innentüren, Fliesen, Einbauküche, Schwerlastregale und Leuchten. 52 Innentüren wurden weitervermittelt, die zu Wandverkleidungen unter Fenstern umgearbeitet werden. Kund\_innen sind sowohl Privatpersonen als auch Firmen. Dafür wurden bis Ende Dezember knapp 1.400 sozialwirtschaftliche Arbeitsstunden geleistet.

**RE-USE-BAUTEILE IM BAUTEILKATALOG VERFÜGBAR.** Die re-use-fähigen Bauteile und Materialien sind in einem Bauteilkatalog vermerkt, der online abrufbar ist. Bei Interesse kann ein Besichtigungstermin vor Ort vereinbart werden. Sämtliche Erlöse aus der Veräußerung sollen die personellen und sonstigen Aufwendungen von BauKarussell für das Projekt tragen und kommen somit den vor Ort beschäftigten Menschen zugute. „In unserem Bauteilkatalog sind zahlreiche Bauelemente angeführt, die sich für die Wiederverwendung in neuen Objekten eignen - vom Paternoster aus der Gründerzeit über Vintage-Kinosessel bis zur Beamerleinwand. Neben dem ökologischen Aspekt hat unser Tun auch sozialen Mehrwert: Die operativen

Arbeiten wie Ausbau und Trennung werden seit Oktober von unseren sozialwirtschaftlichen Partnern durchgeführt. Damit schaffen wir Beschäftigung für am Arbeitsmarkt benachteiligte Personen.“ betont Markus Meissner (pulswerk GmbH), Projektleiter von BauKarussell.

Noch befindet sich eine große Anzahl an wiederverwendbaren Elementen im Gebäude: Neben diversen Türen (Brandschutztüren, Flügeltüren) auch Wendeltreppen, Glastrennwände, Beleuchtungselemente, Fliesen, Waschbecken und Armaturen. Drehkreuze, ein Rollarchiv, ein Großküchenherd und ein Bandgeschirrspüler eignen sich für den Wiedereinsatz in größeren Bauvorhaben.

Um das Thema Kreislaufwirtschaft beim Bauen voranzubringen, braucht es Bewusstseinsbildung und eine neue Planungskultur, die den Wert vorhandener Ressourcen erkennt. Es braucht mutige und innovative Bauträger, so wie die Bundesimmobiliengesellschaft und die Medizinische Universität Wien, die Schritte in Richtung radikaler Ressourcenschonung machen. Vor allem aber ist Bildung ein wichtiger Faktor für die Etablierung von Kreislaufwirtschaft. Ausführende Arbeiter\_innen wie alle anderen beteiligten Berufsgruppen müssen für das Thema sensibilisiert und ausgebildet werden. Dafür müssen die Themen Kreislaufwirtschaft und Ressourcenschonung in Lehre, Ausbildung und Hochschulen über Disziplin- und Fachgrenzen hinaus verankert werden.

*Sebastian Hafner studiert Umwelt- und Bioressourcenmanagement in Wien*

Link zum BauKarussell Bauteil Katalog:  
[www.baukarussell.bauteillager.de](http://www.baukarussell.bauteillager.de)

# Wann ist ein Mann ein Mann?

**Rollenbilder halten sich hartnäckig. Ein Wiener Verein will Klischees brechen und bietet Burschenarbeit an. Konservative sehen das gar nicht gern. Ein Buchauszug.**

**DER PORNO KOMMT NACH EINER HALBEN STUNDE.** Auf dem Boden einer Schulklasse in Wien liegen Fotos von Männern, dem deutschen Rapper Kollegah, Arnold Schwarzenegger, Albert Einstein. Wer kennt wen? Die Burschen gähnen, laaangweilig – bis Lucas den Namen eines Pornodarstellers rausschreit; dessen Foto liegt nicht am Boden. Lucas ist 13, er unterbricht immer wieder an diesem Freitagvormittag, hat die Lacher auf seiner Seite. Auf den Pornodarsteller angesprochen, drückt er rum. „Ich schau so Filme“, sagt er und grinst. „Da sind eine Frau und ein Mann, die machen Liebe.“

Lucas, der in Wirklichkeit anders heißt, ist einer von 13 männlichen Schülern einer vierten Klasse an einer Neuen Mittelschule in Wien. Die Jugendlichen lümmeln in kurzen Hosen in einem Sesselkreis, die Klassenfenster stehen weit offen. Draußen flüchten die Wiener\_innen in den Schatten, drinnen warten alle sehnsüchtig auf die Ferien. Zocken auf der Playstation, rumhängen im Park, keine Hausaufgaben mehr. Sommer eben.

**NOCH IST ABER SCHULE.** Doch an diesem Vormittag ist die Lehrerin nicht in der Klasse. Stattdessen steht da Philipp Leeb, blaues T-Shirt, die grauen Haare zu einem Knoten zusammengebunden. Der 47-Jährige nennt sich Bubenarbeiter, er hat die Männerfotos auf den Boden gelegt. Dass die Burschen Pornodarsteller kennen, ist für ihn nichts Neues. Leeb ist Gründer des Vereins Poika, dessen Trainer\_innen seit mehr als zehn Jahren an Schulen gehen und mit Teenagern über Rollenbilder sprechen: Was ist Männlichkeit? Wie werden Männer dargestellt – und hat das noch mit unserer Wirklichkeit zu tun? Was manchmal so viel heißt wie: Gibt's da nicht mehr außer den Frauenhelden und Muskelprotzen auf YouTube und Instagram? Hilft reden vielleicht mehr als „in die Goschen hauen“?

In der Neuen Mittelschule hat Leeb zwei Mal drei Stunden Zeit. Die Lehrerin hat ihn eingeladen. Rund 40 bis 50 dieser Workshops hält der frühere Lehrer im Jahr, sie sind Teil des WGKK-Schulangebots zu psychosozialer Gesundheit. Leeb sagt: „Ich versteh das als Anti-Gewalt und Anti-Rassismus-Arbeit.“ Die Jugendlichen hätten fixe Bezugssysteme: die Familie, die Klasse, den Park oder den Sportklub. „Überall sagt ihnen jemand, was sie zu tun haben.“ Leeb sagt es ihnen nicht. Er schimpft nicht, sondern konfrontiert sie: Warum sagst du „schwul“, warum ist „behindert“ ein Schimpfwort? Wer schreit, wird nicht zurechtgewiesen, sondern darauf angesprochen. Für viele ist das eine neue Erfahrung. Auf einmal müssen sie über Gesagtes nachdenken.

Während die Mädchen mit einer Trainerin in einem anderen Raum diskutieren, will Leeb von den Burschen erstmal wissen: Was halten sie für männlich? Sie sollen Plakate gestalten, drauf schreiben was ihnen einfällt, erklärt Leeb, es gebe kein richtig und falsch, keine Noten. Lucas sagt: „Können wir über Sex reden, ich hab keinen Bock mehr auf das.“

An den Klassenwänden hängen im Unterricht gestaltete Plakate zu Frauenrechten. Auf den Plakaten der Burschen dann: Pénisse, das Wort „pedofiel“, die Adressen zahlreicher Pornoseiten. Dort sieht man in manchen Videos nur eine stöhnende Frau, das Gesicht des Mannes ist verpixelt. Andere Videos sind mit „forced“ betitelt, Vergewaltigung. Legal? Real oder Fantasie? Wer sind die Frauen? Einordnen kann das keiner der Jugendlichen, sie kennen nur die Videos aus dem Internet.

**SIE SIND BUBEN AUF DEN WEG ZUM MANN.** Aber wie hat sich ein Mann zu verhalten? Keine Ahnung. Cool eben. Stark. Bloß keine Schwächen zeigen. Rollenbilder ändern sich,

aber wer dem internationalen Hofstede Index of Masculinity glaubt, sieht: Männerstereotypen sind in Österreich noch vergleichsweise festgefahren. Leeb will das ändern.

Dass er, der nicht als Lehrer an der Schule arbeitet, sondern einen Verein betreibt, überhaupt in einer Klasse stehen darf, ist politisch umstritten. Zu tun hat das mit „Teenstar“. Der katholische Verein stellte Selbstbefriedigung als schädlich dar und propagierte natürliche Empfängnisverhütung statt einfache Verhütungsmethoden wie Kondom und Pille. Die Ehe sei „der geeignetste Platz für Geschlechtsverkehr“. Homosexualität müsse kein Schicksal sein, sondern könne therapiert werden. „Wir sind in vielen Schulen bereits seit Jahren ein fixer Bestandteil des sexualpädagogischen Angebots und werden immer wieder eingeladen“, sagte Teenstar-Österreich-Leiterin Helga Sebernik dem Falter Ende 2018. Die Wochenzeitung veröffentlichte damals Schulungsunterlagen des Vereins. Teenstar ist eine international aktive erkonservative Organisation, empfohlen vom Institut für Ehe und Familie, einer Einrichtung der Österreichischen Bischofskonferenz.

Fundamentale Christ\_innen, die für Sexualpädagogik an Schulen zuständig sind, die Homosexualität im Jahr 2018 verurteilen und Sex vor der Ehe verhindern wollen? Wie konnte das sein? Der 2015 überarbeitete Grundsatzlerlass Sexualpädagogik regelt eigentlich klar, wie Lehrende in Schulen über Sex sprechen sollen. Sexualpädagogik soll sich demnach „am Prinzip der Gleichstellung der Geschlechter sowie der Vielfalt der Lebensformen orientieren“; sie soll „an internationalen Menschenrechten ausgerichtet sein“.

Nach der Veröffentlichung der Teenstar-Schulungsunterlagen handelte das Bildungsministerium. Im März 2019 erließ es eine Anweisung zur Zusammenarbeit mit außerschulischen

Organisationen in der Sexualpädagogik. Lehrpersonen müssten demnach während der Einheiten in der Klasse bleiben; Eltern vorab über die Einbindung von Vereinen informiert werden; und ihnen sollten verwendete Materialien zur Verfügung gestellt werden. Der vermittelte Stoff sollte „sachlich richtig“ sein und sich „am Prinzip der Gleichstellung der Geschlechter“ orientieren. Lehrkräfte seien verpflichtet, hieß es im Erlass des Bildungsministeriums weiter, das „Indoktrinationsverbot“ zu beachten, der Unterricht müsse ohne „geschlechtsstereotype Zuweisungen“ auskommen.

Wolfgang Plaute leitet das Bundeszentrum für Sexualpädagogik an der Pädagogischen Hochschule Salzburg. Er hält es für sinnvoll, externe Expert\_innen an die Schule zu holen. „Für die jungen Menschen kann es einfacher sein, ihre sehr persönlichen Fragen an Expert\_innen zu stellen, die danach wieder gehen – statt der Lehrkraft, die ja dann wieder eine andere Rolle einnimmt“, sagte Plaute Ende 2018 der österreichischen Tageszeitung Die Presse.

**PHILIPP LEEB SIEHT DAS AUCH SO.** Den Lehrerinnen und Lehrern gegenüber wären die Burschen verhaltener, sagt er. Er kommt nur zwei Mal an die Schule, dann ist er wieder weg. Das Thema Porno kommt in den vergangenen Jahren häufiger vor. Nun atmet er erst mal durch. Dann legt er die Plakate mit den Penissen und Pornoseiten in die Mitte des Sesselkreises und fängt beim Einfachsten an: der Schreibweise des Wortes „pädophil“. Er erklärt das Jugendschutzgesetz. Ab wann man Sex haben darf, dass Pornoseiten erst ab 18 Jahren legal sind. „Woher kennt ihr die Seiten?“, fragt er. Keine Antwort. Keiner der Burschen will sie nun aufs Plakat geschrieben haben. „Wir googeln das, dann kommen halt die Videos“, sagt einer schließlich. Ein anderer Bursche fragt Leeb: „Haben Sie schon Sex gehabt?“ – „Das ist eine

sehr persönliche Frage.“ – „Unser Biologielehrer hat es sogar zugegeben.“ Leeb muss schmunzeln. Er erlebt das immer wieder: Pornos und Influencer\_innen prägen früh die Vorstellung der Jugendlichen, sie haben aber keine Ahnung. Wie auch.

Wie unsicher die Dreizehn- und Vierzehnjährigen sind, zeigt sich auch bei einer anderen Übung: Die Burschen sollen ihre Vorstellung des Ablaufs einer Beziehung ordnen. Auf kleinen Zetteln steht da etwa „ein Handtuch teilen“, „erster Kuss“, „sich streicheln“, „rülpfen“ oder „den Facebook-Beziehungsstatus ändern“. Eine Gruppe knobelt und verschiebt die Zettel immer wieder – und fragt dann Leeb um Hilfe. Für sie ist es wie eine Schulaufgabe, der sie noch nicht gewachsen sind. Wie in Mathematik: Es ist entweder richtig oder falsch.

**RICHTIG ODER FALSCH, JA ODER NEIN** – so agierte auch die Politik. Im Juni 2019 entschieden sich ÖVP und FPÖ zu einem Schritt, der vielen zu weit ging: Die damaligen Regierungsparteien brachten einen Entschließungsantrag im Parlament ein, der fordert, dass Vereine künftig nicht mehr an Schulen tätig sein sollen. Stattdessen sollte eine „altersgerechte und weltanschaulich neutrale Sexualerziehung“ durch „die an der Schule wirkenden Pädagoginnen und Pädagogen“ sichergestellt werden. Ausschließlich zuständig sein sollen also: Lehrpersonen.

Die Oppositionsparteien kritisierten das Vorhaben. Stephanie Cox, Bildungssprecherin der Liste Jetzt (Liste Pilz), sagte etwa: „Ich fürchte, dass dann überhaupt keine Sexualpädagogik passiert.“ Lehrer hätten meist nicht die passende Ausbildung dafür. „Wir brauchen mehr Unterstützungsmaßnahmen für Lehrkräfte, nicht noch eine zusätzliche Aufgabe.“ Expertinnen und Experten stimmen ihr zu. Während einer Parlamentssitzung im Juli marschierte Cox demonstrativ mit der Zeichnung einer Klitoris durch die Reihen.

Die Plattform Sexuelle Bildung, eine Vereinigung von Sexualpädagoginnen und Sexualpädagogen, warnte im Juni ausdrücklich davor, externe Vereine an Schulen zu verbieten. Dies wäre „ein fundamentaler Rückschritt in der Prävention von sexualisierter Gewalt, ungewollten Schwangerschaften und sexuell übertragbaren Infektionen“, sagt Gabriele Rothhuber, Geschäftsführerin der Fachstelle Selbstbewusst. Man sei



„hochbesorgt um die psychosoziale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und ob der Schulautonomie.“ In einem von dutzenden Expert\_innen und knapp 100 Institutionen unterzeichneten Statement hieß es: „Nicht Pornografie und neue Medien sollen unsere Kinder aufklären, sondern Profis.“

Mit einem Vereinsverbot an Schulen würde rückwärtsgewandter Unterricht wie der von Teenstar zwar verhindert werden. Aber echte Expert\_innen hätten ebenso keinen Zugang mehr. Und Poika? Philipp Leeb glaubt nicht, dass sein Verein von einem möglichen Verbot betroffen wäre. In erster Linie mache man Gewaltprävention, nicht Sexualpädagogik. Aber klar gehöre das zusammen. Leebs Kollegin wird später von einem extremen Beispiel berichten: Ein Mädchen hätte sie gefragt, ob eine Vergewaltigung auch Gewalt sei. Die Unsicherheit bei den Jugendlichen ist oft riesig.

Barbara Rothmüller ist Vorstandsmitglied der Plattform Sexuelle Bildung. Die Bildungssoziologin befürchtet, dass mit dem Vereinsverbot quasi sexuelle Bildung für Kinder und Jugendliche abgeschafft werde. Es lasse sich beobachten, dass das Lehrpersonal sexualpädagogische Aufgaben häufig meide. Zudem gehe es nicht nur um Biologie, sondern

auch um emotionale und soziale Probleme der Jugendlichen mit Sexualität. „Faktenwissen ist für Entscheidungen der Jugendlichen ohnehin nur teilweise ausschlaggebend, zeigt die Forschung“, schreibt Rothmüller in einem Gastkommentar in der Tageszeitung Der Standard. „Im Gegenteil lassen sich sexuelle Risiken nur sinnvoll reduzieren, wenn offen auch über Lust, Begehren, Ängste und Scham gesprochen wird.“ In professionellen Angeboten gehe es nicht um Indoktrinierung.

**GENAU DAS IST DER VORWURF** von rechten Parteien weltweit. In Österreich wettet die FPÖ gegen die „Gender-Ideologie“. Die Freiheitlichen brachten 2015 eine parlamentarische Anfrage zu Förderungen für Poika ein, sie verorten den Verein in einem „linken NGO-Biotop“, über die sich der „Förderwahnsinn ergieße“. Poika teilt sich das Büro mit einem anderen Verein und kann sich eine Teilzeitstelle leisten; Leeb selbst arbeitet auf Rechnung. Er sagt: „Bei der Burschenarbeit geht es nicht um einen Umerziehungsprozess: dass Buben mit Puppen spielen müssen und rosa Kleidung anziehen.“ Nur das Spektrum solle erweitert werden: Früher waren lange Haare bei Männern seltsam, heute sei das normal. Es gebe heute eben nicht nur die eine Männlichkeit,

sondern viele Männlichkeiten. Das will er bewusst machen, auch wenn das Wort sperrig ist. Eben nicht abstrakt, sondern spielerisch: Die Jugendlichen sollen nachdenken. Hey, da gibt es ja noch was anderes. Und der ist auch ein Mann, wie ich.

In der Neuen Mittelschule in Wien gähnen die meisten Burschen betont. Leeb erzählt nun von seiner Familie, wie sich das Mann-Sein über die Generationen verändert hat. Er zeigt Bilder einer Google-Suche zum Stichwort „Mann“ – Models, durchtrainierte Körper – und stellt sie anderen Fotos gegenüber – von kleinen Männern, großen Männern, Männern mit Behinderung. Die Burschen werden noch unruhiger, wippen auf ihren Stühlen hin und her. Sie plaudern, ärgern sich gegenseitig. Zwei Stunden sind bereits vergangen, da fragt Leeb: Interessiert euch, wie ein Kondom funktioniert?

**UND PLÖTZLICH REDET NIEMAND MEHR.** Im Kreis sitzend schauen 13 Burschen gebannt auf Leeb, wie er eine Kondomverpackung aufreißt. „Was verhindert das Kondom?“, fragt er. „Kinder!“ – Nicht falsch, aber es gehe auch um Krankheiten. – Soll man Kondome in der Hosentasche aufbewahren? „Nein“ – wieso eigentlich nicht? Ah, weil die Verpackung und das Kondom beschädigt werden können. „Was, das Kondom kann runterrutschen? Ist ja eklig.“ Leeb erklärt, er zeigt wie flexibel der Gummi ist. Er geht auf Fragen ein; einer will wissen, ob es unterschiedliche Kondomgrößen gibt. In den Pornos tragen die Männer selten Kondome.

Am Ende der drei Stunden verschwindet das Kondom in einer Tasche. Die Lehrerin kommt zurück in die Klasse, auch die Mädchen sind wieder da. Leeb atmet durch. Wie ist es gewesen? Langweilig, meldet ihm Lucas zurück, langweilig, sagen die nach ihm. Andere sagen: spannend. Und dann, Leeb ist schon auf dem Weg nach draußen, fragen sie: Kommen Sie wieder?

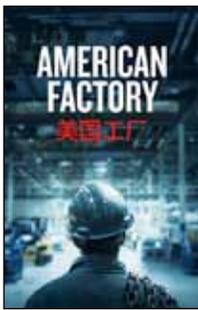
*Der abgedruckte Text erschien im Buch „Wen kümmert's? Die (un-)sichtbare Sorgearbeit in der Gesellschaft“ von Elisa Tomaselli (Hg.), ÖGB-Verlag 2019. 172 S., TB., € 19,90*

*Benjamin Breitegger studierte Politikwissenschaft in Wien und arbeitet als freier Mitarbeiter für Ö1.*

# FEUILLETON



## KULTURSCHOCK IN DER ARBEITSWELT



Die Netflix-Doku *American Factory* beleuchtet die neue Fuyao-Fabrik in Ohio und erklärt dabei subtil den Aufstieg Trumps.

„Don't upset them!“, meint Cao Tok Wong, Geschäftsführer von Fuyao, einer der wichtigsten Glashersteller der Automobilindustrie. Mit ihm sind jene

knapp 2.000 Amerikaner\_innen gemeint, die in der neu errichteten Produktionsstätte tätig sein werden. Nach der Weltfinanzkrise 2008 wurde die Schließung des General Motors Werks in Dayton verkündet. Sechs Jahre später können viele Bewohner\_innen der Region endlich wieder aufatmen und sich über eine fixe Anstellung bei Fuyao freuen. „I have struggled to get back to middle class again“, erzählt eine der neuen Angestellten. Aller

Anfang wohnt ein Zauber inne, doch der verschwindet in diesem Fall schnell wieder. Die Arbeiter\_innen müssen bald feststellen, dass die Anstellung beim chinesischen Konzern wohl auch seine Schattenseiten birgt. Neben dem geringen Stundenlohn von 12 Dollar arbeiten sie unter widrigen Arbeitsbedingungen. Auch die Gründung eines Betriebsrates wird vom Vorstand untersagt. Als der demokratische Senator Sherrod Brown bei der Eröffnung der Fabrik sich für die Gründung einer Gewerkschaft aussprach, erregte das die Gemüter der Manager. Später wird eine Firma angeheuert, um den Arbeiter\_innen ins Bewusstsein zu reden und die vermeintlichen Nachteile einer Gewerkschaft zu verdeutlichen.

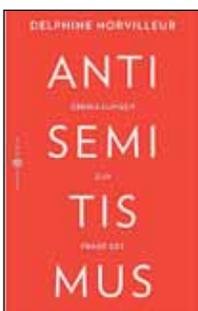
Für den Konzern wirft der US-Standort zu wenig Umsatz ab. Die Produktivität sei zu niedrig. Aufgrund dessen werden die Produktionsleiter nach China geladen, um vom Mutterstandort zu lernen. Während die Besucher über die Leistung der chinesischen Kol-

leg\_innen staunen, witzeln sie über die Arbeitsmoral der Amerikaner\_innen: „The best tool we could use is duck tape. To put it over their mouth. They will perform better.“ Die Geschichte, die die Regisseure Steven Bognar und Julia Reichert erzählen, vermittelt vor allem für Europäer\_innen ein Verständnis dafür, wie eine America-First-Politik in der arbeitenden Bevölkerung Anklang finden konnte. Die von Barack und Michelle Obama produzierte Oscar-prämierte Netflix-Dokumentation kommt ohne Kommentare aus. In 110 Minuten veranschaulicht sie eindrücklich die Auswirkungen internationaler Unternehmen auf die Arbeitsbedingungen in Ländern ohne starker Sozialpartnerschaft.

*American Factory*, Regie: Steven Bognar/Julia Reichert, USA 2019, zu sehen auf Netflix

Felix Strasser, 20, studiert Kommunikationswirtschaft an der FH Wien der WKW.

## DIE ENDLOSE GESCHICHTE DES ANTISEMITISMUS



Die heutige Zeit ist rechtspopulistisch geprägt, so viel steht fest. Da richten sich Abwertungen vor allem an geflüchtete und muslimische Menschen, machen aber auch vor anderen Gruppen keinen Halt. Dass auch jüdische Personen 75 Jahre nach Ende des Nationalsozialismus noch Diskriminierung erfahren,

wird dabei oft vergessen. Delphine Horvilleur ist französische Rabbinerin. Sie leitet die Liberale Jüdische Bewegung, schreibt in Zeitungen und Büchern und beleuchtet Judentum und Feminität.

Genau das ist auch Thema ihres neuesten Werks *Überlegungen zur Frage des Antisemitismus*. Was

dabei herauskommt, ist ein Buch voll Poesie und Humor, das gleichzeitig den Ernst der Sache betont. Die Autorin spannt einen Bogen von historischen Befunden hin zur Gegenwart und lässt in dieser vergleichenden Perspektive auch neueste soziale Bewegungen nicht außer Acht. Während der geschichtliche Werdegang des Antisemitismus dargelegt wird, werden kontinuierlich Einblicke in die Schriften der Thora und das jüdische Selbstverständnis gegeben.

Der Weg führt durch Themen wie Eifersucht und Identitätsfragen bis hin zu Misogynie und ihrer Bedeutung in der Wahrnehmung des Judentums. Während dabei vor allem rechte Einstellungen adressiert werden, macht das Buch letztendlich auch nicht davor Halt, linke Abwertungen zu thematisieren. Horvilleur begleitet ihre Leser\_innen durch philosophische Gedankengänge und unterstreicht die Ernsthaftigkeit ihrer Überlegungen in literarischen Verweisen, die von Namen wie Sartre über Adorno

bis hin zu Derrida reichen. Dass das Buch dennoch mit einer spritzigen Art überzeugt, ist nicht zuletzt auf die zynische Art der Autorin zurückzuführen, die auch nicht davor zurückweicht, Aspekte des Judentums selbst kritisch zu hinterfragen.

Delphine Horvilleur schafft es, die vielseitigen Nuancen des Antisemitismus zu vereinen und macht damit die Notwendigkeit für alle, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen, ein weiteres Mal deutlich. Über 140 Seiten lädt sie zu einem kurzen Ausflug in ihre religiöse Weltanschauung, die zweifellos horizontweiternde Eindrücke zurücklässt. Denn wie oft liest man schon ein Buch einer Rabbinern selbst?

*Delphine Horvilleur: Überlegungen zur Frage des Antisemitismus*, Hanser Verlag: München 2020, 18,50 Euro

Jana Reiningger studiert Soziologie an der Uni Wien.

## DER STEINIGE WEG NACH OBEN



Kein Wunder, dass *Parasite* bei jedem erdenklichen Filmfestival Preise abgeräumt hat. Egal ob in Cannes oder bei den Oscars, dieser Film begeisterte Jurys und Zuseher\_innen maßlos und ergatterte unzählige Preise in den wichtigsten Kategorien. So viele Preise für einen nicht-englischsprachigen Film gab es

zuvor noch nie. Die Academy Awards wurden jahrelang für ihre Selektivität und Einseitigkeit kritisiert, so werden traditionsgemäß hauptsächlich weiße Männer nominiert. Die Tatsache, dass ein koreanischer Film so viele Preise gewann, sorgte für viel Aufmerksamkeit und gilt als bahnbrechend. Der Film handelt von der Familie Kim. Sie stecken finanziell in Schwierigkeiten und können sich kaum über Wasser halten. Die Kims versuchen mit

Nebenjobs, wie dem Falten von Pizzakartons, über die Runden zu kommen. Doch das reicht weder für eine anständige Wohnung noch für das Studium der Kinder. Die Situation ändert sich, als sich Sohn Ki-woo bei der wohlhabenden Familie Park als Nachhilfelehrer für ihre Tochter bewirbt. Dank gefälschter Papiere wird der vermeintliche Uniabsolvent eingestellt und es ergibt sich nach und nach, dass der Rest der Kims ebenfalls bei den Parks angestellt wird. Die Familie Park ist das komplette Gegenteil der Familie Kim. Sie leben sehr privilegiert auf einem Hügel in einer luxuriösen Gegend in Seoul und finanzielle Probleme sind ihnen fremd.

Die zwei Familien und ihre jeweiligen Wohnsituationen verdeutlichen die sozialen Unterschiede innerhalb des Landes. Diese Unterschiede sind das, was unsere Gesellschaft ausmacht. Alle versuchen in diesem System ihre Rolle zu finden. Um sozial und finanziell aufzusteigen, ist ihnen jedes Mittel recht. Die Familie Kim scheint auf den ersten Blick hinter-

listig, ihre Motive und Ziele werden mit der Zeit jedoch nachvollziehbar: Sie erhoffen sich schlicht eine bessere Zukunft. Regisseur Bong Joon-ho hat ihren Weg dorthin fesselnd in Szene gesetzt. Die Naivität der ausgenutzten Parks kann nur mit ihrem Wohlstand erklärt werden, sie leben in ihrer bequemen Blase. Bong Joon-ho stellt das gut zur Schau, als die Kellerwohnung der Kims von starkem Regen überflutet wird. Die Parks genießen währenddessen einen gemütlichen Abend in ihrem Haus auf dem Hügel, sie merken nichts von dem Leid auf der anderen Seite. Der Regisseur macht sie aber nicht für ihre Unwissenheit verantwortlich. Die Figuren stehen nicht nur für den Kampf zwischen den Klassen, sie illustrieren, wie er sich in unserer täglichen Realität abspielt.

*Parasite*, Regie: Bong Joon-ho, Südkorea 2019

Amina Sakic studiert Koreanologie, Publizistik und Kommunikationswissenschaften.

# CORONAVIRUS IN ÖSTERREICH – WIE DAMIT UMGEHEN?

**Das Coronavirus hat Österreich erreicht. Wir sitzen alle fest in unseren Wohnräumen. Unwissen und Fake News führen zu Panik und rassistischen Anfeindungen. Müssen wir uns fürchten?**

**GESCHICHTE UND VERLAUF DER KRANKHEIT.** Das „Coronavirus“ oder der medizinische Fachausdruck SARS-CoV-2 (Severe Acute Respiratory Syndrome CoronaVirus-2) ist ein neuartiges Virus, welches der Virusfamilie Corona entstammt. Frühere neuartige Erreger, die z.B. die SARS-Pandemie 2002/2003 oder MERS-CoV (Middle East Respiratory Syndrome CoronaVirus) 2012 auslösten, entstammten der gleichen Virusfamilie. Erstmals wurde die neuartige Erkrankung COVID-19 (Coronavirus disease-19), wie sie richtig heißt, im Dezember 2019 in der Millionenstadt Wuhan in China entdeckt. Laut Virolog\_innen entstammt das Virus höchstwahrscheinlich dem Tierreich, ist vermutlich von einer Fledermaus, die als Zwischenwirt fungierte, auf den Menschen übergegangen. Der Erreger ist während der Übertragung von Tier auf Mensch mutiert und kann nun auch von Mensch zu Mensch übertragen werden. Das Virus kann für bis zu 72 Stunden auf einer Oberfläche überleben. Seit dem ersten Ausbruch sind insgesamt mehr als 160 Länder davon befallen. Täglich werden neue gesundheitspolitische Maßnahmen vorgestellt und implementiert, vor allem in Europa, das zum neuen Epizentrum der Krankheit geworden ist. Es sind aber weltweit COVID-19 Fälle zu verzeichnen. Am 30. Januar 2020 rief die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die internationale Gesundheitsnotlage aus, am 2. März stufte die Europäische Union das Krankheitsrisiko als hoch ein und am 12. März erklärte die WHO den COVID-19 Ausbruch zur Pandemie. Die ersten Gegenmaßnahmen in Österreich wurden am 27. Februar implementiert, als die Anzahl der in Österreich infizierten Personen tagtäglich zu steigen begann.

**„WIR HABEN NICHT NUR EINE VIRUS-EPIDEMIE, SONDERN AUCH EINE ANGST-EPIDEMIE“.** Kritisch zu betrachten ist die mediale Berichterstattung über das Coronavirus. Es kursieren viele Gerüchte, Fake News, schlichtweg falsche Informationen, die zur Panikmache beitragen.

Anstatt die Bevölkerung durch eine seriöse und kritische Medienberichterstattung aufzuklären und zu beruhigen, schaffen einige Medien es, Hysterie zu generieren. Das passiert zum Beispiel, wenn auf der Titelseite einer Tageszeitung oder im ersten Fernsehnachrichtenbeitrag nur die Anzahl der Verstorbenen und der Erkrankten, aber nicht die der Genesenen erwähnt wird.

In einer Diskussionssendung hat die derzeitige SPÖ-Vorsitzende Pamela Rendi-Wagner, selbst ausgebildete Virologin, richtig gesagt: „Wir haben nicht nur eine Virus-Epidemie, sondern auch eine Angst-Epidemie“. Die Hysterie hat nun ihren Höhepunkt erreicht. Wir sitzen in der Isolation und sind in der Quarantäne. Es scheint, dass viele Menschen in der Bevölkerung vor Angst nicht mehr rational denken können. Es macht absolut keinen Sinn, einzelne Geschäfte leer zu kaufen. Warenbestand gibt es genug und der Wirtschaftszyklus funktioniert trotz allen Grenzschließungen. Vor allem die Nachfrage an Schutzmasken oder Desinfektionsmitteln ist hoch, sie sind seit Anfang der Krise schnell ausverkauft. Das ist höchst problematisch, denn auch nicht mit dem Coronavirus infizierte Personen benötigen diese medizinischen Produkte. Ein\_e Diabetiker\_in, die sich selbst mehrmals täglich Insulin spritzen muss, benötigt beispielsweise Desinfektionsmittel, um die Einstichstelle zu reinigen. Wie Ärzt\_innen bereits mehrfach betont haben, hilft das Tragen von Schutzmasken nur bereits infizierten Personen dabei, das Virus nicht an ihr Umfeld weiterzugeben. Man sollte daher mit dem privaten Kauf zurückhaltend sein, denn am Dringendsten brauchen diese Produkte medizinisches Personal und Angestellte in den Spitälern.\*

**#CORONAVIRUS #NOVIRUS #JENESUIS-PASUNVIRUS – THERE IS NO PLACE FOR RACISM.** Dank der Globalisierung sind wir vernetzter denn je und leben auch räumlich gesehen enger zusammen. Es sollte uns daher nicht verwundern,

dass das globale Zusammenrücken neben seinen positiven Auswirkungen auf die Menschheit auch die Verbreitung von Krankheiten wie COVID-19 begünstigt. Die Angst einzelner, infiziert zu werden, entwickelt sich schnell zu einer richtigen Angst-Epidemie und zeigt uns so auch die hässliche Seite der Gesellschaft. Verstärkt wird die Angst durch Fake News, die verschiedenste Verschwörungstheorien beleben, etwa dass man durch das bekannte Corona-Bier an COVID-19 erkrankt oder dass die USA das Virus als Biowaffe entwickelt haben. Es bedarf einer kritischen medialen und politischen Aufklärung.

Vor den aktuellen Ausgangsbeschränkungen, als das Virus den Österreicher\_innen noch weit weg erschien, glaubten viele Menschen, dass alle asiatisch aussehenden Personen den Virus in sich tragen. People of Colour wurden alle in einen Topf geworfen. Ich selbst habe Erfahrungen dieser Art gemacht. Im Januar ist mir das erste Mal wegen Corona so eine irritierende Situation passiert: Eine ältere Frau zog sich im Aufzug ihren Schal vor den Mund, als ich einstieg. Die Handlung war offensichtlich, die Intention eindeutig, und kann nicht anders als rassistisch bewertet werden, denn neben dem älteren Ehepaar war ich der einzige im Aufzug. Als ich ausstieg, tat die Dame ihren Schal wieder weg. Nach dieser Aktion habe ich mich gefragt, ob das jetzt die ganze nächste Zeit so weitergehen würde. Meine Gefühlswelt war aufgewühlt und ich empfand es sehr verletzend, diesem passiven und doch klar rassistischen Vorgehen ausgesetzt zu sein.

Als das Virus sich in Europa ausbreitete, wurden schnell die Italiener\_innen als am stärksten Betroffene zu einer weiteren Zielscheibe. Es war erstaunlich zu sehen, wie Menschen in Österreich mit der Situation umgehen, wenn die Krankheit direkt vor ihrer Haustür steht. Die gleichen Leute, die immer gerne Spaghetti, Pizza oder Gelato gegessen haben, wurden schnell feindselig. Am Tag, als der beschleu-



Foto: Michael Winkler

nigte Krankheitsverlauf in Italien erstmals in den Medien bekannt wurde, saß ich in der U-Bahn. Ein Mann saß mir gegenüber, er telefonierte mit jemandem meinte: „Is ja ka Wunder, dass des von Italien kommt, die gonzn Spaghettifresser.“

Während das Sudern über Italiener\_innen nicht unbedingt vergleichbar ist mit dem klar anti-asiatischen Rassismus, der sich genauso explosionsartig ausgebreitet hat wie das Virus selbst, sind solche Anfeindungen und die Suche nach einem Sündenbock nicht zu verharmlosen. Eines sollte hier klar gesagt werden: Dieses voreingenommene Verhalten ist nicht normal und sollte auch nicht normal sein. Rassismus, welcher Art auch immer, hat keinen Platz in unserer Gesellschaft.

#### **WAS DENKEN EIGENTLICH STUDIERENDE UND WIE GEHEN SIE MIT COVID-19 UM?**

Diese Krise berührt eine\_n umso mehr, wenn man selbst rassistische Anfeindungen erlebt oder die Geschichten von anderen erzählt bekommt. Es ist schlimm anzusehen, wenn Asiat\_innen oder asiatisch aussehende Personen in der Öffentlichkeit ein Plakat mit sich tragen, auf dem steht: ICH BIN KEIN VIRUS. Die umgangssprachliche Bezeichnung „Wuhan-Virus“ oder „China-Virus“, wie sie unter anderem der amerikanische Präsident Donald Trump verwendet hat, trägt weiter zum Rassismus bei.

Wie sehen es eigentlich die Studierenden der Ostasiwissenschaften (Japanologie, Koreanologie und Sinologie), dass asiatisch aussehende Personen nicht nur verbal, sondern zunehmend auch körperlich attackiert werden? Das hat man am Beispiel eines 23-jährigen Studenten aus Singapur, der in London studiert, gesehen. Er wurde von einigen Briten körperlich attackiert, die schrien, dass sie kein COVID-19 in ihrem Land haben wollten. Hier folgen nun ausgewählte Erlebnisberichte von anonymen Studienkolleg\_innen.

1: „Zu Beginn, als nur von Fällen in Asien berichtet wurde, wurde mein Mann in Restaurants komisch angesehen und einige andere Gäste sind von uns weggerückt. Eine Oma hat ihn mal schockiert angeschaut, hat sich den Schal vors Gesicht gehalten und ist geflüchtet. Ich hab auch von einem in Wien lebenden Thai gehört, der von den anderen Fahrgästen aus der U-Bahn geworfen wurde.“

2: „Ich wurde schon Ende Jänner in der S-Bahn schief angeschaut, von einer Frau. Ich hatte keinen Husten oder Schnupfen. Der Typ vor mir jedoch schon, er hat sich nicht mal die Hand vor dem Mund gehalten, als er gehustet hat. Aber die Frau hat diesen Typen einfach ignoriert und mich die ganze Zeit angestarrt. Ähnliche Begegnungen sind seitdem immer wieder vorgekommen, aber Gott sei Dank keine Gewalt. Meine Schwägerin und mein Vater wurden schon mehrmals von Teenagern beschimpft mit ‚China Virus‘ und ‚Geh zurück nach China!‘.“

3: „Meine Mutter und meine Schwester meinten vor ein paar Wochen, dass Leute sie in der U-Bahn, im Supermarkt, oder auf der Straße länger anschauen oder Abstand halten. Meine Mutter hat erzählt, dass sie einmal einkaufen war und eine Frau, nachdem sie einen kurzen Blick auf meine Mutter geworfen hatte, sofort das Weite gesucht hat. Ach ja, und meine Eltern verlassen sogar selbst nicht häufig das Haus und treffen sich nicht mit ihren chinesischen Freund\_innen.“

4: „Ich war beim Skifahren und einer vom Skiverleih ist zu seinem Kollegen gegangen und hat mit Blick auf mich ganz gekünstelt gehustet. Persönlich wurde ich noch nicht verarscht, bespuckt, angegriffen etc., aber eine Bekannte von mir wurde schon öfters beleidigt. Sie meinte, dabei das Wort „Corona“ gehört zu haben. Freund\_innen von mir, Thailänder\_innen, hat man im Rituals-Shop ignoriert und von ihnen Abstand gesucht. Die Verkäuferin soll gesagt haben,

dass Chinesen unerwünscht sind, obwohl sie ja nicht Mal wusste, ob meine Freund\_innen Chines\_innen sind oder nicht. Für viele weiße Leute sind alle asiatisch aussehenden Personen Chines\_innen und mit dem COVID-19 infiziert.“

5: „Ich arbeite in meinem Nebenjob am Flughafen und bin deshalb stark mit den gesundheitspolitischen Maßnahmen und den damit einhergehenden Einreisebestimmungen konfrontiert. Selbstverständlich verhalte ich mich Passagieren gegenüber deswegen nicht anders. Ich habe allerdings von Kolleg\_innen mitbekommen, dass diese um Asiat\_innen herum die Luft angehalten haben oder chinesische Reisepässe nicht anfassen wollten.“

6: „Ein Mann hat vor Kurzem der Chinesischlehrerin meiner Tochter eine Weinflasche nachgeworfen – er hat sie zum Glück nicht getroffen – und gemeint, sie solle dahin gehen wo sie hergekommen sei.“

#### **WOLLEN WIR TATSÄCHLICH IN SO EINER GESELLSCHAFT LEBEN?**

Ich hoffe, mit diesem Artikel einige Leser\_innen zum Überlegen gebracht zu haben und ihnen vielleicht die Augen dafür geöffnet zu haben, wie sich People of Colour – asiatisch aussehende Personen oder Asiat\_innen – in dieser Krise fühlen. Eines sollte klar sein, wir sitzen alle gemeinsam im selben Boot. Wir sind alle #TeamÖsterreich.

\* Dieser Artikel wurde Anfang März 2020 verfasst. Wir empfehlen natürlich die Einhaltung der derzeitigen Vorgaben der Regierung (4. April 2020).

Ralph Chan studiert Soziologie im PhD und ist Studienvertreter im Doktorat Sozialwissenschaften der Uni Wien.

# CORONA

---

## FRAGEN ZUM AKTUELLEN ARBEITSRECHT?

## WIR HABEN DIE ANTWORTEN FÜR SIE!

 [www.jobundcorona.at](http://www.jobundcorona.at)

 **Hotline: 0800 22 12 00 80** (ab 9 Uhr)

**OGB**

**AK**

ÖSTERREICH

Fragen zur aktuellen Situation:

*[coronainfo@oeh.ac.at](mailto:coronainfo@oeh.ac.at)*

Unser Beratungsangebot:

*[oeh.ac.at/beratung](http://oeh.ac.at/beratung)*

Unsere Forderungen für Euch:

*[oeh.at/flattenthefees](http://oeh.at/flattenthefees)*

**Auch in Zeiten von  
Corona für euch da!**

[www.oeh.ac.at](http://www.oeh.ac.at)

